

Die deutsche Universität – Ein kritischer Durchgang durch Wissenschaft, Ausbildung und Hochschulreform heute..... 2

0. Einführende Bemerkungen 2

1. „Die Freiheit von Forschung und Lehre“: Ein Staatsinstitut produziert Wissen für die Praxis von Staat und Kapital..... 2

1.1. Die Naturwissenschaft und ihr marktwirtschaftlicher Nutzen3

1.2. Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften und ihr staatsbürgerlicher Nutzen7

Menschenbilder: Herrschaftslegitimation aus der Menschennatur.....8

Sozialwissenschaftliches Beratungswesen: Erfolgsmethoden für Konkurrenzsubjekte.....13

Zwischenfazit.....14

2. Die universitäre Lehre: Auswahl und Ausbildung des Nachwuchses für die höheren Berufe 14

2.1. Legitimation der Hierarchie der Klassengesellschaft durch eine Hierarchie der Bildungsabschlüsse15

2.2. Wissensvermittlung als Mittel der Selektion.....17

2.3. Die Leistung des freiheitlichen Bildungssystems: Überreichliche Auswahl vorsortierter Bewerber für jede Nachfrage.....19

3. Die Modernisierung der Hochschule: Allgemeine Unzufriedenheit mit Forschung und Lehre - aus dem Glauben an ihre Macht 22

3.1. Der Reformbedarf des Staates an seinen Hochschulen: zuwenig Leistung fürs Geld22

Der staatliche Haushaltsstandpunkt.....23

Reformerisches Erzwingen von Effizienz25

Globalhaushalt und leistungsorientierte Hochschulfinanzierung26

Drittmittel-Einwerbung27

Neue Studienabschlüsse Bachelor und Master27

3.2. Die Hochschulen: Reform als Herausforderung und Chance.....28

3.3. Die Studierenden: praktizieren ihr „Recht auf Bildung“29

Aus aktuellem Anlass: ein Nachtrag zur Einführung von Studiengebühren.....30

Die deutsche Universität – Ein kritischer Durchgang durch Wissenschaft, Ausbildung und Hochschulreform heute

0. Einführende Bemerkungen

„Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft...Die Hochschule des 21. Jahrhunderts steht im globalen Wettbewerb. Sie muss junge Menschen auf hohem Niveau schnell, praxisorientiert und international ausbilden. Und sie muss Raum für Exzellenz und Innovation bieten“ (Koalitionsvertrag der Regierungsparteien vom 16. Oktober 2002)

An den deutschen Hochschulen halten Bildungspolitiker eine *Modernisierung* für dringend geboten. Viel zu provinziell und ineffizient soll es da zugehen. Wenn wir die „unverzichtbare Ressource Wissen in unserem rohstoffarmen Land“ auch in Zukunft am Sprudeln halten wollen, brauchen wir dringend mehr und bessere Bildung. Schließlich war Wissen noch nie so wertvoll wie heute – in der „globalen Wissensgesellschaft“, in der wir leben.

Bezeichnend allerdings die Reform, die aus dieser Diagnose folgt. Da ist dann nicht von mehr Wissen, sondern von mehr Wettbewerb die Rede. Effiziente Hochschulen sind nicht etwa solche, die den akademischen Nachwuchs solide und umfassend mit dem in der Wissensgesellschaft akkumulierten Wissen vertraut machen, sondern solche, die nach den Maßstäben betriebswirtschaftlicher Vernunft und internationaler Hochschulpraxis durchrationalisiert sind. „*Mehr Wettbewerb*“ lautet das Reformrezept: weniger staatliche Geldzuweisungen, dafür aber mehr Freiheiten der Hochschulen bei der Einwerbung von Sponsorengeldern und Drittmitteln, mehr Kurzstudiengänge mit Bachelor-Abschluss, aber auch mehr Elitekurse mit entsprechenden Studiengebühren, mehr Konkurrenz der Hochschulen um Studierende, inklusive der Schließung ganzer Fachbereiche, wenn sie keine „Leistung“ bringen.

Worin eigentlich die Leistung von Wissenschaft und Ausbildung genau besteht, darüber erfährt man wenig von all den Bildungspolitikern, welche die Hochschulen in „moderne Dienstleistungszentren“ für ihre „Kunden“ verwandeln möchten. Genau darum soll es in den folgenden Ausführungen zur deutschen Universität gehen, die klären:

- Was es mit der vielgerühmten „Freiheit von Forschung und Lehre“ auf sich hat;
- Was für ein Wissen die Natur- und Geisteswissenschaften für die Praxis von kapitalistischer Marktwirtschaft und demokratischem Staat produzieren;
- Wie die Hochschulen die Ausbildung und Auswahl des Nachwuchses für die höheren Berufe betreiben;
- Wie die allgemeine Unzufriedenheit mit Forschung und Lehre auf dem falschen Glauben an ihre Macht beruht, was die Modernisierer bewegt und was sie tatsächlich an den Hochschulen ändern.

1. „Die Freiheit von Forschung und Lehre“: Ein Staatsinstitut produziert Wissen für die Praxis von Staat und Kapital

Eine erste Antwort auf die Frage, wie Forschung und Lehre an den deutschen Hochschulen vonstatten gehen, liefert ein Blick in die grundgesetzlich verbrieft und geschützte Freiheit von Forschung und Lehre. In Artikel 5 (3) GG heißt es: „*Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei*“.

Die Hochschulen sind eine besondere Einrichtung des Staates. Er trägt ihre Unkosten und bezahlt den Lebensunterhalt derer, die in ihr tätig sind. Anders als in der staatlichen Bürokratie üblich, setzt er seine beamteten *Wissenschaftler* aber weitgehend *frei* von Weisungen übergeordneter Behörden. Der Staat zahlt, aber er schafft nicht an: Was die Wissenschaftler untersuchen und weitergeben, soll sich dem Stand ihres Wissens und den jeweiligen Fronten der Forschung verdanken, und nicht etwa einem Befehl von oben. Sie sollen vertreten, was sie denken, damit sie das Wissen auch wirklich weiterbringen.

Indem der Staat die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre gewährt, unterstreicht er das hohe Gewicht, das der wissenschaftlichen Erkenntnis in dieser Gesellschaft zukommt. Deren Erfolg braucht Wissen. Die Wissenschaft *dient* ihrem Auftraggeber gerade dadurch, dass sie *ihren eigenen Gang geht*.

Worin dieser Gang besteht und in welchem keineswegs erfreulichen Nutzen er sich niederschlägt, zeigt der Blick in die beiden wissenschaftlichen Abteilungen an den Hochschulen, die Naturwissenschaften einerseits und die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften andererseits.

1.1. Die Naturwissenschaft und ihr marktwirtschaftlicher Nutzen

Die kapitalistische Gesellschaft hat die systematische Erforschung der Natur zu ihrer Sache gemacht. Ihr Ergebnis, das Wissen um Naturgesetze, ist eine *praktische Macht*. Es zeigt die Natur als Ensemble von Bedingungen und Wirkungen, so dass die menschliche Praxis Wirkungen zweckmäßig erzeugen und die Naturgesetze für menschliche Zwecke wirken lassen kann. Ersteres ist Grundlagenforschung, letzteres ist deren Anwendung, Technologie. Physiker entdecken die Gesetze der Mechanik, Maschinenbauer wenden diese in der Konstruktion von Kränen an; nachdem Atomphysiker die Gesetzmäßigkeiten der radioaktiven Elemente und deren Verfalls herausgefunden haben, wird das Wissen für den Bau von Atombomben oder die radioaktive Altersbestimmung von Knochenfunden angewendet; die Kenntnisse der organischen Chemie führen zur Synthese von Kunststoffen; Entdeckungen der Medizin, z.B. die Wirkungen von Penicillin auf krankheitserzeugende Bakterien, resultieren in antibiotischen Heilmitteln, usw. usf..

Der praktische *Zweck*, für den die Macht des Wissens im Kapitalismus zum Einsatz kommt, ist dabei kein Geheimnis: Über Produktion und Anwendung der naturwissenschaftlichen Resultate entscheiden Unternehmen entsprechend ihrer Gewinnkalkulation. Nur was sie als Ware auf den Markt bringen, kann überhaupt zur privaten Anwendung im Haushalt kommen. Und nur, was sie in ihren Fertigungsprozess integrieren, kommt als Produktionsmittel in Gebrauch. Das früher gängige Lob des „technischen Fortschritts“, dem „wir“ Farbfernseher, elektrische Haushaltshelfer, das Auto und heutigentags das Internet und die unvermeidlichen Handys verdanken, ist ziemlich aus der Mode. Richtig war es ohnehin nie, eine derartige Bereicherung für Grund und Zweck der Anwendung der Naturwissenschaften zu halten - bestenfalls handelt es sich dabei um ein Abfallprodukt der entscheidenden Anwendung, die auf dem Feld der Ökonomie liegt und in der Öffentlichkeit den Status einer von niemandem mehr bezweifelten Selbstverständlichkeit besitzt: „Wir“ brauchen „High Tech“, um in den Zeiten der „Globalisierung“ mit neuen Produkten und kostensenkenden Verfahren die *Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft*, ja den ganzen nationalen Standort zu verteidigen. Soweit liegt eine abgeklärtere Generation heute richtiger, die sich gar nicht mehr darüber wundert, dass der technische Fortschritt nicht für so relative Vorteile wie ihre Bequemlichkeit und ihren Genuss ins Werk gesetzt wird, sondern für eine viel entscheidendere Sache: Überleben und Erfolg Deutschlands in der Weltwirtschaft. Technisches Wissen ist nicht ein Mittel, das Leben zu erleichtern, sondern unverzichtbare Bedingung des Überlebens; ohne stetige Innovation gibt es - eigenartig genug - nicht die Fortschreibung eines erreichten Standes sondern nur den Untergang. Technische Durchbrüche müssen die Konkur-

renzfähigkeit des Standorts immer wieder neu sichern, seine Weltmarktanteile steigern, internationale Investoren anlocken und - Arbeitsplätze schaffen. „*Innovation*“ ist das Mittel der Konkurrenz der Kapitale und zielt darauf, andere Kapitale aus dem Feld zu schlagen.

Das beinhaltet etliche Absurditäten und zugleich Härten, die auch angehende und praktizierende Naturwissenschaftler einmal zur Kenntnis nehmen sollten:

Erstens. Nicht alles Wissen und jede Technik ist für den Konkurrenzserfolg eines Unternehmens tauglich. Für den geschäftlichen Anwender ist naturwissenschaftlich-technisches Wissen nur nützlich *in Relation zu konkurrierenden Anwendern*. Um ein Beispiel zu geben: Kein Automobilunternehmen entwickelt einen Airbag und baut ihn in seine Modelle, wenn diese neue Technologie nicht einen geschäftlichen Extra-Nutzen verspricht. Naturwissenschaftliche und technologische Leistungen müssen entweder in Produkten resultieren, die neu, also noch konkurrenzlos sind und daher einen Extraprofit versprechen, oder in Verkaufspreisen von Produkten, die konkurrenzfähig, also am besten niedriger sind als die anderer Anbieter und nichtsdestotrotz einen ordentlichen Gewinn enthalten. Was für die Konkurrenz zwischen Unternehmen gilt, gilt ebenso für die zwischen den Nationen. Die absolute Ausweitung der technischen Fähigkeiten nützt nichts, solange sie nicht rascher voranschreitet als anderswo und den Fähigkeiten anderer Länder voraus ist, so dass neue¹ und billigere Produkte aus Deutschland deren Waren von den Märkten verdrängen und deren produktive Anstrengungen zunichte machen. Technisches Wissen, sobald es erst einmal verallgemeinert ist, ist für dieses nationalökonomische Programm ziemlich nutzlos. Gefragt ist es als zeitweilig exklusiv besessenes Kampfmittel für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Wie die Länder dastehen, die nicht „*besser sind als alle anderen*“, weiß man ja. Begriffslos ist dieser Sachverhalt in dem Werbespruch „Vorsprung durch Technik“ verkündet: der Nutzen ist im Kapitalismus passe, sobald auch die konkurrierenden Kapitale über die technische Errungenschaft verfügen! Der Nutzen der Wissenschaft für das Land und seine Wirtschaft besteht also nicht im Wissen, sondern im *Wissensvorsprung*.

Zweitens. Nützlich ist eine neue Technik nur, wenn sie die Kosten senkt. Die für die Konkurrenz der Kapitale geforderte Kostensenkung ist keine physikalische oder chemische Eigenschaft der technischen Innovationen, sondern Ergebnis ihrer ökonomischen Anwendung: verbesserte Maschinerie, neue Verfahren und Materialien verbilligen die Industrieprodukte, wenn sie die für ihre Herstellung nötige - bezahlte - Arbeit einsparen. Für den Unternehmer lohnt sich neue Technik nur, wenn sie pro Produkt mehr Arbeitslohn spart, als sie selbst kostet. Sie steigert die Leistung der bezahlten Arbeit, erlaubt ihm also, relativ weniger davon zu kaufen, und steigert dadurch den Gewinn auf sein Kapital. Mit der Senkung seiner Gestehungskosten führt der Unternehmer den Kampf um den Markt: er kann billiger verkaufen als seine Konkurrenten, seinen Marktanteil auf deren Kosten ausdehnen und die ausnutzbare Kaufkraft vermehrt auf seine Konten lenken. Technisches Wissen ist in der Marktwirtschaft nur nützlich, wenn es dazu taugt, diejenigen, welche die Arbeit machen, vom Produkt ihrer immer produktiveren Arbeit zu trennen. Arbeitslosigkeit und Armut auf Seiten derer, die aus dem Produktionsprozess freigesetzt wurden, Intensivierung und Beschleunigung der Arbeit auf Seiten der Übriggebliebenen sind die Folge - zumeist verbunden mit einer sinkenden Entlohnung, weil immer neue Teile der Qualifikationen an die Maschinerie übergehen, beim Arbeiter überflüssig werden, also auch keinen Lohnanspruch mehr rechtfertigen. Diese Wirkungen auf die Arbeiterschaft sind nicht als unbeabsichtigte Nebenwirkungen des technischen Fortschritts zu entschuldigen, sie sind ja nur die andere Seite des zielstrebig angepeilten Haupteffekts: Senkung der Lohnkosten pro Produkt. Naturbeherr-

¹ Die Entwicklung der Bedürfnisse und immer neuer Mittel ihrer Befriedigung, die der Kapitalismus historisch erstmalig hervorbringt, wird im hausbackenen Lob von Fernseher und Kühlschrank als Zweck des „technischen Fortschritts“ begrüßt. Sie ist aber nur ein Mittel im Kampf um die ausnutzbare Kaufkraft. Das heißt eben auch, dass an Bedürfnissen nur zum Zuge kommt, woraus sich Geld machen lässt. Jeder Spleen findet das ihn bedienende Angebot, wenn er über Kaufkraft verfügt. Daneben bleibt die dringendste Not ungestillt, weil sie nicht zahlen kann.

schung, diese Grundlage des materiellen Reichtums, bringt ihren marktwirtschaftlichen Nutzen nur, wenn sie nicht eingesetzt wird, um Arbeitskräften das Leben zu erleichtern oder ihren Konsum zu vermehren, sondern einzig, um möglichst wenig Arbeit zu bezahlen, die gekaufte Arbeit aber möglichst niedrig zu bezahlen und ausgiebig zu nutzen. Diese Kalkulation gilt nicht nur in Fabrikhallen, sondern in allen Abteilungen der modernen „Dienstleistungsgesellschaft“ mit ihren Bürotürmen und Office Centren. Kein Computer wurde in Büros angewandt, als ein solches Gerät noch unvergleichlich teuer war und Sekretärinnen und Sachbearbeiter die Schreib- und Rechenarbeiten billiger erledigten. Auch moderne Informations- und Kommunikationstechnik ist nichts anderes als ein Mittel der Kostensenkung. Der „Rationalisierung“ genannte kapitalistische Einsatz von Technologie setzt auch hier Arbeitskräfte frei und erzwingt Mehrarbeit für die verbliebenen Arbeitskräfte. Die auf Naturwissenschaft und Technik basierenden Mittel der Erleichterung der Arbeit sind im Kapitalismus Mittel zur Vergrößerung von Mühsal und Armut der Beschäftigten. Wirtschaftlich nützlich ist die Naturwissenschaft durch ihren Beitrag zur *Effektivierung der Ausbeutung und Verarmung*.

Drittens. Als kostensenkendes Mittel der Kapitale ruiniert die Anwendung der Technik nicht nur den Arbeiter, sondern auch die *Natur*. Sie *untergräbt* diese beiden *Springquellen des Reichtums*, wie ein berühmter Kritiker der politischen Ökonomie des Kapitalismus schon vor 150 Jahren formulierte.² Marktwirtschaftliche Vernunft verlangt, die individuellen Kosten des Betriebs auf jede erdenkliche Weise zu senken. Wenn das durch die Benutzung von Luft, Wasser, Boden als kostenlose Müll- und Giftentsorgung gelingt, dann fördert das die Rendite. Auf die Benutzung, die andere von diesen „freien Gütern“ als Atemluft, Trinkwasser etc. zu machen wünschen, kann keine Rücksicht genommen werden, wie in anderen Fragen der Rentabilität ja auch nicht. Und wo der Staat mit seinen Umweltschutzgesetzen den Unternehmern etwas Rücksicht auf die Zukunft ihrer Wirtschaftsweise auferlegt, regt das die technische Phantasie in der Umweltfrage an. Seitdem ist es wiederum Aufgabe der Techniker, die gesetzlichen Auflagen so kostengünstig, also auch so knapp einzuhalten wie irgend möglich. Aus diesem Grund kommen viele „technische Lösungen“ des Transportsystems, der Energie-, Wärme- und Nahrungsmittelerzeugung, die es sehr wohl gäbe, nicht zum Einsatz. Diese Lösungen lösen alles mögliche, nur nicht die wirtschaftlich alles entscheidende Frage, die der Rentabilität des Kapitals, also taugen sie nichts.

Viertens. Nur auf einem Feld kommen naturwissenschaftliche Fortschritte ohne die Schranke der Rentabilität zum Einsatz: auf dem Feld der *Rüstung*, an dem vor allen Kapitalisten der Staat selbst interessiert ist. Nicht zuletzt dafür fördert er die Naturwissenschaften. Mit technischem Großgerät von möglichst unübertrefflicher Zerstörungskraft bedroht der Staat andere nationale Souveräne und schützt sich vor der gleichartigen Bedrohung durch diese. Die Konkurrenz der Gewalten wird mit Waffen ausgetragen, deren technischer Vorsprung den Sieg zuverlässig garantieren soll, am besten so zuverlässig, dass der Krieg im Idealfall gar nicht mehr ausgefochten werden muss, weil die Drohwirkung der überlegenen Waffenkapazitäten ihren abschreckenden Dienst tut. Die vorderste Front der physikalischen, chemischen und biologischen Forschung definiert die jeweils aktuellen Waffen, bzw. die Gegenmittel dagegen. Kein Wunder, dass alle Staaten, die in der globalen Gewaltkonkurrenz führend sein wollen, riesige Geldmittel in die Rüstungsforschung und in das Heer ihrer damit beschäftigten Naturwissenschaftler stecken.

Diese Ausführungen zur Anwendung der Naturwissenschaft für kapitalistisches Geschäft und staatliche Gewalt erlauben ein Zwischenfazit zum Organisationsprinzip der modernen Wissenschaft: Die *„Freiheit von Wissenschaft und Forschung“* ist die Trennung der Wissenschaft von der Entscheidung über die Verwendung ihrer Ergebnisse. Die Entscheidung darüber, was an Technologie produziert und angewandt wird, entspringt unternehmerischer bzw. staatlicher Kal-

² Marx, Karl; Das Kapital. Band 1. MEW 23, S. 530

kulation. Die Naturwissenschaft ist als eigene gesellschaftliche Sphäre geschützt, um das *dafür* nötige Wissen bereitzustellen. Niemand darf ihr vorschreiben, was sie wie erforscht. Denn nur wirkliches Wissen über die Vorgänge der Natur erlaubt deren Beherrschung. Das Produkt naturwissenschaftlicher Forschung steht dann den maßgeblichen Instanzen der Gesellschaft zur freien Verfügung. Die *Freiheit der Wissenschaft* ist die Organisation der *Unterordnung* eines Wissens, das seiner Natur nach Mittel für alle möglichen Zwecke ist, unter die bestimmenden Interessen von Geschäft und Gewalt.³ Dies ist die Dialektik von Trennung und Unterordnung, das institutionelle Grundprinzip der bürgerlichen Wissenschaft.⁴

Diese Trennung hat zugleich auch einen *ökonomischen* Inhalt: Die Erforschung der Natur ist zwar eine grundlegende *Bedingung* des Geschäfts, aber selbst *kein Geschäft*. Fortschritte des

³ Zusatzbemerkung zur *Verantwortung* der Wissenschaft: Der Dienst an Staat und Kapital ist kein Problem für die Wissenschaft und Technologie, aber ein *Gewissenproblem* für manche Wissenschaftler und Techniker. Daher hierzu ein paar Klarstellungen: Die diversen Seiten ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit brauchen die Naturwissenschaft selbst nicht anzufechten. Es ist den Gesetzen der Atomphysik gleichgültig, ob sie zur Bestimmung des Alters einer Gletscherleiche, für die Bestrahlung von Krebsgeschwüren, für die Erzeugung von Strom oder für die Bombe Anwendung finden. Den jeweiligen Konstrukteuren muss die Verwendung natürlich vor Augen stehen, aber die Zielsetzung der Massenvernichtung tut der Wissenschaftlichkeit ihrer Berechnungen keinen Abbruch, ebenso wenig wie der „gute“ medizinische Zweck sie fördert. Das Wissen der naturwissenschaftlichen Fächer ist, wie gesagt, eines um die Bedingungen, die herstellen oder kontrollieren muss, wer eine Wirkung erzielen will. Die Natur gibt nicht vor, was mit ihr angestellt werden soll. Wissen ist hier notwendigerweise ein Instrument von äußeren Zwecken. Seine Instrumentalisierung ist daher auch keine Vergewaltigung der Wissenschaft und ihrer immanenten Kriterien. Schließlich braucht es wirkliches Wissen - über das Atom, das Aids Virus, die Chemie der Erdatmosphäre - um Staat und Kapital instand zu setzen, die Bombe, einen Impfstoff etc. zu basteln etc. Mit Wunschenken und ideologischen Konstrukten kann man keine Fluggeräte bauen, die fliegen.

So wenig die Anwendungen des naturwissenschaftlichen Wissens und ihre Wirkungen auf Mensch und Umwelt die Wissenschaft beschädigen, so sehr geben sie den Naturwissenschaftlern zu denken. Für das wirtschaftliche Überleben der Nation ist ein hohes Tempo technischer Innovation absolut unverzichtbar; abgesehen davon aber bringt es uns um. Verantwortungsbewusste Naturwirte als gute Fachidioten machen für beides sich verantwortlich. Sie halten sich zu Unrecht zugute, die eigentliche Quelle des nationalen Reichtums zu sein - ebenso fälschlich bezichtigen sie sich, die eigentlichen Täter zu sein, wenn ihr Staat die Massenvernichtungsmittel einsetzt, die sie ihm bauen; wenn im Zuge des technischen Fortschritts immer mehr Vergiftung um sich greift und der Wald stirbt, und die lohnarbeitenden Massen immer ärmer werden. Sie bleiben ihrer gesellschaftlichen Funktion treu, wenn sie nicht über den Tellerrand blicken und ihre Kritik nicht etwa gegen die Prinzipien und Ziele der Anwendung ihrer schönen Formeln richten, sondern gegen sich. Dann werden sie philosophisch, wittern im Willen zur Naturbeherrschung selbst - und in seiner Grundlage dem Wissen - die Sünde, der sie schön egomanisch sich anklagen. Von staatlicher „Machtprojektion“ nach außen und von der Kapitalrendite haben sie gerade genug Ahnung, dass sie sich in deren Erfordernisse hineindenken können, wenn sie für diese „Lösungen“ konstruieren; auf die Idee, dass die wenig erfreulichen Resultate des Fortschritts an der Erfüllung dieser Erfordernisse liegen, kämen sie nie. Lieber glauben sie an eine *Ambivalenz ihres guten Werkes*, die ihnen Bescheidenheit, Moral und ein wenig Ökologie beibringt. Statt einer Kritik des gesellschaftlichen Zwecks, dem sie dienen, kommen die Macher technischer Lösungen sich wie Frankenstein vor und warnen vor einem „Machbarkeitswahn“. Mit dem falschen Problembewusstsein und den dazu gehörigen Gewissensbissen tun sie ihren Dienst für die von ihnen getrennte, gesellschaftlichen Verwendung ihrer Ergebnisse, von der sie nichts wissen müssen - und auf diese Weise auch nichts wissen wollen.

Am wohlsten fühlen sich Naturwirte freilich, wenn sie aus den ruinösen Wirkungen der profitbringenden Naturvernichtung ein technisches Problem basteln können, so dass die Wiedergutmachung der *Sünden der Technik* wieder eine Technik ist. Neue Filter für Autos und Kraftwerke, biologische statt chemischer Insektizide, Motoren, die weniger Primärenergie verbrauchen etc. - das sind die Felder, wo die Verantwortung des Wissenschaftlers und seine bedingungslose Dienstbarkeit für von ihm nicht bestimmte und nicht durchschaute Zwecke die schönste Verbindung eingehen. Entsprechende technische Neuerungen kommen sogar zur Anwendung, sofern der Staat neue Grenzwerte festlegt und die Industrie ein Geschäft mit ihnen machen kann.

⁴ Zusatzbemerkung zur modernen Naturwissenschaft: Wie existiert die Dialektik von Trennung und Unterordnung in der Naturwissenschaft - freies Forschen, richtiges Wissen, nützlicher Dienst für die gesellschaftlich herrschenden Zwecke - heute? Der überwiegende Teil der Forschung ist gleich schon vom erkenntnisleitenden Interesse an der geschäftsnützlichen Anwendung getragen. Bio- und Gentechnologie sind hierfür ein schönes Beispiel. Die projektierte Eröffnung neuer Geschäftssphären für die Pharmakonzerne leitet die Forschung, die so tut, als wären Erforschung des menschlichen Genoms dasselbe wie die Identifizierung von Krankheits-Genen und die Entwicklung von Remedien. Es ist fast so, dass man heutzutage wieder an die Selbstverständlichkeit erinnern muss, dass es schon noch richtiges naturwissenschaftliches Wissen braucht, damit eine geschäftsnützliche Anwendung zustande kommt, wenn alle Welt Forschung und Geschäft unmittelbar in eins setzt.

Kapitals beruhen zwar auf den Fortschritten der Wissenschaft, aber kein Geschäftsmann würde für „Grundlagenforschung“ Geld ausgeben; und bei der „anwendungsbezogenen Forschung“ braucht es schon die exklusive Nutzungsgarantie des „Patents“, damit sie sich für den Unternehmer lohnt. Der Staat denkt da prinzipieller: Er befreit die Produktion von Wissen von den überkommenen Zufälligkeiten in Gestalt von Forscherindividualitäten und Unternehmer-Erfindern, indem er technische Universitäten gründet und unterhält. Und er befreit die naturwissenschaftliche und technologische Forschung von Kosten-Gewinn-Kalkulationen, indem er an den Fortschritt des *ganzen* nationalen Geschäfts und seiner Gewalt denkt.⁵

1.2. Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften und ihr staatsbürgerlicher Nutzen

Die andere Abteilung des Wissenschaftsbetriebs ist offensichtlich in der gleichen Weise wie die Erforschung der Natur organisiert. Auch der Befassung mit Wirtschaft, Staat, Gesellschaft, Geschichte, dem Menschen und seinen Schöpfungen, der Moral und dem Sinn wird *Freiheit* gewährt, damit sie ihren *Dienst* am demokratischen Gemeinwesen erbringt.

Dieser Dienst liegt zunächst analog der Naturwissenschaft in ihrer Freiheit, sprich ihrer *Trennung von der Praxis*. Das Wissen über die gesellschaftlichen Dinge steht *neben* der wirklichen Lenkung von Staat und Wirtschaft und hat der Politik, die sich unwissenschaftlich bestimmt, nichts vorzuschreiben.⁶ Die Forderung ist zunächst, dass diese Abteilung ähnliches leisten soll wie die Kollegen von Naturwissenschaft und Technik: Experten in Sachen Mensch und Gesellschaft sollen der Praxis, die es gibt, Handreichungen und Hebel liefern, mittels derer sie ihre Zwecke besser verwirklicht. Diese Zwecke selbst, das, worum es in Staat und Wirtschaft geht, sind bei der *Forderung nach nützlichem, praxisrelevantem Wissen* vorausgesetzt. „Sozialtechnologie“ ist das Ideal dieses Auftrags, der da lautet: Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sollen ein Denken pflegen, das den maßgeblichen, anerkannten Zwecken zuträglich ist - insbesondere *dem* Inbegriff der anerkannten Zwecke, der *Nation*.

Derselbe Auftrag zu nützlichem Wissen hat hier ganz andere Konsequenzen als auf dem Feld der Naturwissenschaft; die Wissenschaft selbst bleibt davon nicht unberührt. Ihrem Auftrag zu nützlichem Wissen entsprechend befließen sich die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften eines *instrumentellen* Denkens. Nützliche Instrumente zur Beherrschung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie zur Orientierung der Individuen wollen sie bereitstellen – also betrachten sie die gesellschaftliche Objektivität, Geschäft, Macht, Recht, Kunst, etc., *als nützlich* für den Menschen – und finden zu den gegebenen Einrichtungen jeweils einen *Nutzen, den sie stiften*. Vom fingierten materiellen Dienst bis zur ideologischen Sprechblase ist da alles recht. Im Unterschied zu den Naturwissenschaften sind die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften gerade darin nützlich, dass sie *falsches* Wissen produzieren, *Ideologien* über die gesellschaftlichen Einrichtungen, die diese mit all ihren Zwangs- und Gewaltverhältnissen als dem Menschen gemäß vorstellig machen.⁷

⁵ Wissenschaft, Forschung und Lehre sind in der kapitalistischen Gesellschaft *faux frais*, notwendige Unkosten. Die Diskussion um die *mangelnde Nützlichkeit* des Wissens, das den Staat immerzu zu teuer kommt, gehört zur bürgerlichen Wissenschaft ebenso untrennbar dazu wie die permanente Hochschulreform zur *Effektivierung* seiner Forschungs- und Bildungsstätten.

⁶ Innerhalb der Wissenschaft gilt diese Vorschrift zur Enthaltensamkeit in Sachen Einmischung geradezu als Tugendbeweis: „Wertfrei“ muss Wissenschaft sein, wenn sie anerkannt sein will. Gemeint ist mit diesem *Wertfreiheitspostulat* nichts anderes als das Verbot, aus der Funktionalisierung im staatlichen Geistesgetto ausbrechen und aus wissenschaftlicher Erkenntnis heraus die Praxis bestimmen zu wollen. Das darf nicht Aufgabe des Wissenschaftlers sein. Als Missbrauch der Freiheit von Forschung und Lehre gilt, wenn Wissenschaftler zur Einmischung aufrufen – besonders natürlich dann, wenn sie auf unerwünschten Ratschlägen auch noch insistieren.

⁷ Eine Wissenschaft, die für die in Staat und Gesellschaft anerkannten Interessen dienstbar sein soll, muss *pluralistisch* verfasst sein. Denn jedes Gedankengebäude bezieht seine Geltung nicht aus seiner theoretischen Stimmigkeit,

Hier kann es nicht darum gehen, eine umfassende Darstellung und Kritik des Systems der bürgerlichen Einzelwissenschaften zu liefern. Dies würde den Rahmen dieses Durchgangs durch die moderne Universität sprengen.⁸ Fehler und Nutzen der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sollen im folgenden exemplarisch an zwei Denkfiguren belegt werden, die alle Disziplinen beherrschen: erstens die Konstruktion eines *Menschenbildes*, zweitens das moderne *sozialwissenschaftliche Beratungswesen*.

Menschenbilder: Herrschaftslegitimation aus der Menschennatur

Die *Wirtschaftswissenschaften*⁹ entwerfen das Bild des *homo oeconomicus*, der mit dem wirtschaftlichen Grundtatbestand einer *Knappheit* von Gütern einerseits, diese immer überschießenden menschlichen *Bedürfnissen* andererseits konfrontiert ist. Wirtschaften ist der Umgang der Menschen mit immerzu zu knappen Gütern. Zur „Nutzenmaximierung“, um Bedürfnisse bestmöglich mit knappen Gütern zu befriedigen, erfinden sie sich Geld, Preise und einen ganzen Markt mit Angebot und Nachfrage. So erscheint die wirkliche Marktwirtschaft mit dem Zwang des Geldes, mit Unternehmern und abhängig Beschäftigten, mit Armut und Reichtum, als eine sinnreiche Lösung des vorgeblichen Problems jeden Wirtschaftens.

Während ihre Vorgänger, die klassischen Ökonomen, vor mittlerweile fast 200 Jahren die Herkunft des enormen „Reichtums der Nationen“ (Adam Smith) zu erklären suchten, den sie vor Augen hatten, nehmen die modernen Wirtschaftswissenschaftler, die noch viel größere Reichtümer sehen, den Ausgangspunkt ihrer Wissenschaft bei einer allgemein menschlichen, niemals überwundenen Not – der Knappheit der Güter.¹⁰ Schon der Anfang dieser Wissenschaft zielt

sondern aus seiner potentiellen Brauchbarkeit für praktische oder ideologische Zwecke. Wo jeder Wissenschaftler mit seinen Gedanken *dafür* einen Beitrag liefert, ist es nur konsequent, dass seine Theorien keinen höheren oder geringeren Stellenwert besitzen als die seiner Kollegen. Völlig unabhängig vom Wahrheitsgehalt sind die wissenschaftlichen Resultate anzuerkennen, gerade wenn sie sich mit dem selben Gegenstand befassen und zu völlig anderen oder sogar entgegengesetzten Ergebnissen gelangt sind.

⁸ Anmerkung der Herausgeber: Eine ausführliche und systematische Auseinandersetzung mit den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ist für einen der nächsten Bände der „Schriftenreihe zu Bildung & Wissenschaft des AStA Uni Bremen“ geplant.

⁹ „Unter Wirtschaft wird der rationale Umgang mit knappen Gütern verstanden. Güter sind sowohl reale Güter wie Dienstleistungen, die zur Befriedigung des menschlichen Bedarfs dienen. Ist der Vorrat an Gütern hinreichend, um den gesamten darauf gerichteten Bedarf stets zu befriedigen, dann handelt es sich um freie Güter. Übersteigt dagegen der Bedarf den Vorrat an Gütern und Dienstleistungen, dann wird von knappen Gütern und Dienstleistungen gesprochen. Nur diese bilden den Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften. Ein Anliegen der Wirtschaftswissenschaften ist demnach die Erforschung wirtschaftlicher Erscheinungen und ihrer Zusammenhänge bei der Verteilung der knappen Güter auf die einzelnen Individuen und Gemeinschaften...“ (Stichwort: Wirtschaftswissenschaften; in: Gabler Wirtschaftslexikon, 11. Aufl., Wiesbaden 1984, S.2331)

¹⁰ „Knappheit“ in der Volkswirtschaftslehre beschreibt eben nicht einen Mangel an diesem oder jenem Gut – überhaupt und immer sollen Güter knapp sein. Das mutet etwas weltfremd an angesichts dessen, dass die Produktivität der Arbeit ständig zugenommen hat und insofern Art und Menge der herzustellenden Güter ständig stieg. Und da, wo wirkliche Knappheit herrscht, etwa, um ein extremes Beispiel zu nennen, bei den Hungernden der Dritten Welt, verdankt sich dies keineswegs einem Mangel an Nahrungsmitteln oder den Kapazitäten ihrer Herstellung, wie man in jeder WHO-Statistik nachlesen kann. Kaufkraft fehlt, die einem Unternehmen Gewinn verschaffen könnte – dies der gut marktwirtschaftliche Grund, aus dem vorhandene Bedürfnisse trotz vorhandener Güter ungestillt bleiben. Ebenso sinken Renten in den industrialisierten Ländern, nicht weil es zu wenig Nahrung, Kleidung oder Wohnraum für ältere Menschen gebe, sondern erklärtermaßen, weil deren bisheriger Lebensstandard für den jeweiligen ‚Wirtschaftsstandort‘ zu teuer ist. Von solchen Gründen für wirkliche Mangelsituationen will die VWL indes nichts wissen, sie hat einen wichtigen Generalgrund der Knappheit parat: Des Menschen Bedürfnis sei unstillbar; er will einfach immer mehr von allem. Auch dies ein wenig absurd, so als ob der Mensch, nachdem er eine Kamera oder einen Fernseher hat, unbedingt noch mehr davon bräuchte, wofür auch immer er sie benutzen will. Aber solch ein psychologisches Konstrukt braucht es offenbar, um die Behauptung zu stützen, der marktwirtschaftlich erzeugte Mangel sei Ausdruck eines unhintergehbaren ‚Naturgesetzes‘. Dann liegt der Grund für Armut eben nicht in der kapitalistischen Rechnungsweise, sondern im ständig überschießenden Bedürfnis des Konsumenten.

offenbar gar nicht auf die Erklärung des vorhandenen Reichtums und seiner Formen, ebenso wenig freilich auf die Erklärung der ihn begleitenden Armut. Nicht die bestimmte Wirtschaft, die sie vor sich hat, ist das Anliegen der Volkswirtschaftslehre, sondern die Beantwortung der sinnigen Frage: Warum wirtschaften Menschen überhaupt? Die Antwort benennt ein Menschheitsproblem: Die Römer mit ihren Sklaven, die Feudalen mit ihren Knechten, Unternehmer mit ihren Lohnarbeitern wirtschaften aus dem selben Grund und zu demselben Zweck, um ihre Bedürfnisse – so gut es im Rahmen allgemeiner Knappheit geht – zu befriedigen. Noch ehe die existente Wirtschaftsweise in Betracht gezogen wird, ist die Hauptauskunft über sie schon fertig: Sie dient, wie jede andere Wirtschaftsweise auch, der *Bedürfnisbefriedigung*.

Das ökonomische Grundproblem soll, wie alle Grundannahmen über den Menschen, unmittelbar einleuchten, schließlich wird die wirkliche Ökonomie als seine Bewältigung abgeleitet und gerechtfertigt. Tatsächlich lassen sich die Wirtschaftsbürger leicht von den Wirtschaftswissenschaftlern von der Knappheit der Güter überzeugen. Sie haben ihre *Erfahrungen* mit dem Widerspruch zwischen eigenen Bedürfnissen und unzureichenden Mitteln ihrer Befriedigung. Die einen, weil sie stets zu wenig verdienen für ihre Bedürfnisse, die der Kapitalismus mit seinem immerzu wachsenden, riesigen Warenangebot geweckt hat. Diese Knappheitserfahrung hat ihren Grund darin, dass das Einkommen seinem Besitzer nicht erlaubt, sich den angebotenen, also vorhandenen Überfluss an Gütern zugänglich zu machen. Aber auch die anderen, denen es an Geld zur Bedürfnisbefriedigung nicht fehlt, kennen ein Knappheitsproblem, weil ihr Erwerb gleich gar nicht auf die Befriedigung von Bedürfnissen beschränkter Reichweite, sondern auf Geld und Vermögen selbst gerichtet ist. Und davon kann man gar nicht genug haben. Ihre diversen Knappheitserfahrungen will die Wirtschaftswissenschaft den Leuten nicht erklären; sie sollen sie vielmehr *als einen Grundtatbestand des Menschseins akzeptieren*. Auf diese Weise wird das wirkliche Verhältnis auf den Kopf gestellt: Die marktwirtschaftliche Gewinnkalkulation, die überhaupt erst zum Mangel an Gütern führt, wird zur Instanz erhoben, die trotz und wegen des Knappheitsproblems den maximalen Ertrag herausholt – und wenn dann ‚immer noch‘ Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, müssen diese sich bei der ‚Natur‘ beschweren.

*Die Politikwissenschaft*¹¹ kennt den Menschen als Wolf, auf lateinisch und unter Berufung auf einen alten englischen Philosophen in der Vorstellung „*homo homini lupus*“ zusammengefasst. Die Menschen, die den Mitmenschen lauter Wölfe sind, beschließen einen Gesellschaftsvertrag, um den Krieg aller gegen alle zu beenden. Sie setzen einen Oberwolf an die Spitze eines starken Staates, der den Frieden aller Wölfe erzwingt. So erscheint das Gewaltmonopol des Staates, die *politische Herrschaft als Dienst* am Menschen.

Das erste Thema der Wissenschaft vom Staat ist bezeichnenderweise der *Mensch*. Politologen stören sich nicht an dem Widerspruch ihres Menschenbildes, demzufolge der als Raubtier konstruierte Mensch danach strebt, den seinen Natur entsprechenden „Naturzustand“ aufzugeben. Der Mensch unterliegt einer Naturbestimmung, kann sich aber gleichzeitig aus ihr lösen, wenn ihm danach ist. Ebenso wenig wundert sich die Politologie über den Widersinn, dass sich Wölfe aus ihrer Mitte einen ihresgleichen auswählen, der dann als Oberwolf und mit Gewalt ausgestattet nicht mehr seine Raubtierinstinkte auslebt, sondern für einen Gesellschaftszustand sorgt, in dem Frieden und Ordnung herrschen.

¹¹ „Nach Thomas Hobbes...stehen die Menschen grundsätzlich im Verhältnis der Feindseligkeit und Konkurrenz zu einander. Der Zustand vor Abschluss des Sozialvertrags (Naturzustand) erschien als Kriegszustand, der das Leben eines jeden bedrohte und das Entstehen von Kultur und der bürgerlichen Wirtschaftsweise verhinderte. Deshalb übertrugen die einzelnen Menschen ihr im Naturzustand ihnen zustehendes Recht ‚auf alles‘ völlig auf den künftigen Souverän, der von einer Einzelperson wie auch von einer Personenmehrheit (Aristokratie und Demokratie) gebildet werden konnte...Der auf diese Weise von den Menschen selbst geschaffene souveräne Staat (der ‚Leviathan‘), dem gegenüber sie sich auf keine Rechte berufen konnten, verlangte von ihnen absoluten Gehorsam und schützte sie dafür vor gegenseitigen Übergriffen und nach außen.“ (Stichwort: Staat; in: Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1973, S. 429)

Von Anfang an macht die Politologie also deutlich, dass sie nicht den wirklichen, sondern *einen guten Grund* der politischen Herrschaft herausfinden will. Die Sorte Notwendigkeit des Staates, die Politologen ermitteln wollen, hat offenbar nichts zu tun mit dem bestimmten Zweck des existierenden Staates und will nicht den notwendigen Umkreis seiner Tätigkeiten – von den Grundrechten und dem Justizwesen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zum demokratischen Parteiensystem – aus diesem Zweck erläutern, die Politologie will vielmehr den Staat als solchen rundweg für *notwendig* erklären: Wenn der Mensch nun einmal die Gewalt in sich hat – Stichwort „Wolf“ – dann braucht es ein staatliches Gewaltmonopol, damit „friedliche“ Umgangsformen einziehen können.

Auch wenn die modernen Zeitgenossen nicht im buchstäblichen Sinne an diese Genese des staatlichen Gewaltmonopols glauben, so kommt sie ihnen doch automatisch vertraut vor: Sie brauchen dazu nur das *Gedankenexperiment* vom Menschen, der dem Mitmenschen ein Feind ist, sich nach Frieden sehnt, aber von sich aus niemals Frieden geben würde, sondern dazu eine Macht über sich braucht, mitmachen und sich fragen, was sie denn täten, wenn das Gesetz und seine Organe sie nicht an manchem hinderten - man weiß ja, was passiert, wenn die Ordnungsmacht mal einen Augenblick nicht aufpasst oder geschwächt ist. Die Überzeugungskraft dieses Gedankenexperimentes beruht darauf, dass sich die angesprochenen Bürger in aller Selbstverständlichkeit als konkurrierende Privateigentümer, mit ihrem wechselseitigen Ausschluss von den Gegenständen ihres Bedarfs und ihrem feindlichen Gegensatz gegen andere Eigentümer vorstellen, - nun aber *ohne* den Staat, der diese Ordnung errichtet und gegen die ihr immanenten Übergriffe schützt. Der Staat wird probenhalber *weggedacht*, die von ihm installierte Konkurrenzgesellschaft aber *mitgedacht* – damit ganz drastisch einleuchtet, dass er schleunigst wieder *hergedacht* werden muss. Ein logischer Zirkel, der aber seine ideologische Leistung nicht verfehlt, nämlich ein *notwendiges Bedürfnis der Menschennatur nach einer Frieden und Ordnung stiftenden Staatsgewalt* aufzuzeigen und aus diesem Bedürfnis den wirklichen Staat hervorgehen zu lassen.

Auch die *Soziologie*¹² hat ihre Vorstellung vom Menschen, dem *homo sociologicus*, der ohne Gesellschaft glatt handlungsunfähig wäre, so dass sämtliche Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft dem Menschen den Dienst leisten, ihn zu orientieren und zum Handeln zu befähigen. „Gesellschaft“ ist nichts anderes als die Einschränkung der endlos vielen Möglichkeiten des Handelns, die sowieso nie ergriffen werden könnten, die aber beschränkt werden müssen, damit irgendeine Möglichkeit ergriffen wird. „Reduktion von Komplexität“ durch Regeln, Normen und Werte heißt das dann im Soziologen-Latein. So erscheint die *Beschränkung* des Individuums durch *die* Gesellschaft als die Ermöglichung seiner *Freiheit*.

¹² „Man versteht unter ‚Institution‘ im allgemeinen in der Soziologie einen klar umrissenen Komplex sozialen Handelns. Recht, Klasse, Ehe, Kirche bilden jedes für sich eine Institution...eine regulative Instanz, die menschliches Verhalten ganz ähnlich wie der Instinkt das tierische in bestimmte Kanäle leitet...Sie liefern die von der Gesellschaft begehrten Schablonen, an denen sich das Verhalten orientieren kann und nach denen es sich richten muss...Das wird erst ganz ersichtlich, wenn wir versuchen, uns auszudenken, was der junge Mann (den der Autor neben die Geliebte auf eine Parkbank platziert) täte, wenn es den institutionellen Imperativ nicht gäbe. Er hätte eine fast grenzenlose Auswahl an Möglichkeiten. Er könnte das Mädchen verführen, verlassen und nie wiedersehen. Er könnte auch warten, bis ein Kind da ist, um es seinem Onkel mütterlicherseits zur Aufzucht zu geben. Oder er könnte sich mit drei anderen jungen Leuten verabreden, das Mädchen gemeinsam zu besitzen. Auch in seinen Harem könnte er es stecken, zu den dreiundzwanzig Haremsfrauen, die er schon hat. Bei vorhandenem Trieb und Interesse für dieses bestimmte Mädchen wäre er mit anderen Worten in einiger Verlegenheit. Selbst wenn wir annehmen, er habe Anthropologie studiert und wisse, dass alle diese Möglichkeiten in irgendwelchen Kulturen auf Erden gang und gäbe sind, hätte er immer noch eine unruhige Zeit vor sich, bis ihm klar wird, welche in seinem Falle die begehrtesten ist. Jetzt sehen wir, was der institutionelle Imperative für unseren jungen Mann wert ist. Er schließt alle anderen Optionsmöglichkeiten aus zugunsten der einen, die die Gesellschaft vorschreibt.“ (Berger, Peter L.; Einladung zur Soziologie, München 1979, S. 99 ff)

Der Mensch hat nach dieser Denkweise das Problem, eine unbegrenzte Zahl von Handlungsmöglichkeiten zu besitzen, aber gerade dadurch handlungsunfähig zu sein. Um zu diesem leicht weltfremden Konstrukt zu kommen, muss man sich nur vorstellen, er habe nicht einen bestimmten Umkreis von Bedürfnissen und Interessen, um den seine Entscheidungen und Handlungen kreisen, sein Ziel sei vielmehr ‚Handeln‘ überhaupt. Wenn der Inhalt dieses Handelns so gleichgültig konstruiert ist, dann gibt es buchstäblich unendlich viele gleichwertige Möglichkeiten des Handelns und heraus kommt die Grundbestimmung des homo sociologicus: als Individuum ist er handlungsunfähig. *Gesellschaft überhaupt* – wie auch immer die je spezifische Gesellschaft aufgebaut sein mag – zaubert die Soziologie dann als Lösung dieses Problems aus dem Hut: die Gesellschaft, also jede, sagt dem Einzelnen, was er zu tun hat. Anders denn als System von Vorschriften und Geboten können Soziologen sich Gesellschaft nicht vorstellen. Es kümmert sie auch wenig, dass sie damit einen logischen Zirkel praktizieren. Denn wenn die Menschen immer schon durch die ‚Komplexität‘ der vielen Handlungsmöglichkeiten gelähmt sind, hätten sie sich überhaupt niemals je zur Gesellschaft zusammenschließen können. Wahrscheinlich ist die Gesellschaft als deus ex machina vom Himmel gefallen!

Während Politologen noch eine Ahnung davon haben, dass solche „Regeln“ wie Verbot und Strafe negative, gegen Interessen gerichtete Beschränkungen sind, nötig, damit der Bürger in anderer Hinsicht, nämlich innerhalb der Grenzen seiner Freiheit, seinen Interessen nachgehen kann, sind Soziologen einen Schritt weiter. Sie bestreiten den Gegensatz und erklären die Beschränkung des Individuums selbst zur Hilfe für es. Der Mensch braucht Regeln - und es gibt sie auch. Immer und überall – die Soziologen entdecken sie, weil sie richtig hinschauen. Die Entdeckungen, die ihnen dabei gelingen, machen sich durch einen *Verfremdungseffekt* interessant: Schichten und Klassen, Arm und Reich dechiffrieren sie als Chancen der „sozialen Verortung“, das Unterlassen-Milieu als „soziale Heimat“, Gefängnis und Polizei als „Orientierungshilfen“, Sprache, Liebesgewohnheiten und sogar das Denken dagegen als Weisen der Unterordnung und Einengung des Individuellen durch die „ärgerliche Tatsache Gesellschaft“. Zuverlässig betonen Soziologen das Gegenteil von dem Urteil, das sie dem Normalmenschen unterstellen, um ihn auf ihre Gleichung von Unterordnung und Hilfe zu stoßen: Das Zusammenleben braucht Regeln zur Vermeidung ihrer Abwesenheit. Regellosigkeit und Chaos, die drohen, werden durch die Tatsache „Gesellschaft“ abgewendet.

Alle historischen Herrschafts- und Staatsformen erfüllen diesen einen Auftrag: Sie erhalten sich selbst durch die Integration ihrer Mitglieder und diese dadurch als gesellschaftliche Wesen. Der überzeugende Nutzen, den die Gesellschaft dem Individuum spendet, beweist die Notwendigkeit der bestimmten Gesellschaft, in der wir leben. Denn auch sie ist eine Gesellschaft. Fundamentaler ist eine *Legitimation* der real existierenden Gesellschaft kaum zu haben!¹³

Die *Psychologie*¹⁴ entwirft ihr Bild des Menschen als eines *psychischen Apparats* verschiedener Instanzen. „Es“, „Ich“ und „Über-Ich“ liegen im wechselseitigen Streit, und die Aufgabe des „Ich“

¹³ Auch und gerade dort, wo die Soziologie wie eine Legitimation von Gesellschaftskritik daherkommt – „Gesellschaft ist von Menschen gemacht, also veränderbar!“ –, ergänzt sie ihren kritischen Auftakt durch einen kleinen antikritischen Nachtrag: Es gibt nur keinen Grund dafür! Als System mit Struktur, Regeln und Normen betrachtet, leistet eine Gesellschaft dasselbe wie jede andere.

¹⁴ „In der Psychologie ist das Ich die zentrale Instanz der Persönlichkeit. Dieses Zentrum wird von zwei weiteren Instanzen flankiert und gewissermaßen unter Druck gesetzt: vom Es (wo die triebhaften Grundbedürfnisse des Menschen deponiert sind) und vom Über-Ich (von wo aus Ideale, gesellschaftliche Normen und das sogenannte Gewissen wirksam werden). Nach Freud wird also das Ich des Menschen von mehreren Seiten her in die Zange genommen: ‚Ein Sprichwort warnt davor, gleichzeitig zwei Herren zu dienen. Das arme Ich hat es noch schwerer, es dient drei gestrengen Herren, ist bemüht, deren Ansprüche in Einklang zu bringen. Die Ansprüche gehen immer auseinander, scheinen oft unvereinbar zu sein; kein Wunder, wenn das Ich so oft an seiner Aufgabe scheitert. Die drei Zwingherren sind die Außenwelt, das Über-Ich und das Es.‘ (Freud 1932) Demzufolge hat es das Ich schwer, Herr im eigenen Haus zu werden, zu sein und zu bleiben.“ (Stichwort: Ich; in: Psychologische Grundbegriffe; Reinbek bei Hamburg 1986, S. 471)

besteht darin, zwischen den menschlichen Trieben und Bedürfnissen und den gesellschaftlichen Anforderungen den für das Individuum notwendigen Kompromiss zu finden. Letztlich reduzieren sich alle gesellschaftlichen Probleme und Zwänge auf ein *Problem des Individuums mit sich*.

Psychologen präsentieren eine Theorie des Willens, die das praktische Bewusstsein als eine von allerlei unkontrollierten Einflüssen gebeutelte, stets bedrohte Instanz ausmalt. Nie ist der Wille eines Menschen das einfache Resultat seiner Absichten und Beschlüsse; stets ist er bestimmt und begrenzt - determiniert eben - durch innere und äußere Bedingungen: Dispositionen, Fähigkeiten, Motivlagen und Triebe. Ihr Wissen um die geheimen Kräfte der Seele – jenes „psychischen Apparates“ oder jener „black box“, in die niemand hineinsehen kann - gewinnen Psychologen auf eine sehr offensichtliche Art: Sie reflektieren die Handlungen, die sie sich vornehmen, ins Innere und „erkennen“, was sie sehen, als Äußerung der inneren Möglichkeit dazu. Schön tautologisch erklären sie Handlungen durch ebenso viele Triebe: die Liebe erklären sie aus einem Liebestrieb, Zerstörungswerk aus einem Todestrieb; Jugendgewalt oder Krieg zwischen Staaten aus einem Aggressionstrieb, das Lernen aus der in verschiedenen Quanta auf die Menschen verteilten Lernfähigkeit und Unfälle, die manche Leute ereilen, aus einer „Unfallneigung“. Der Erkenntnisgewinn, der aus einer Verdopplung der Handlung in ihre innere Ermöglichung und äußere Aktualisierung zu ziehen ist, ist Geschmackssache. Keine Geschmackssache ist die Leistung dieser gedanklichen Operation. Sie macht Seele, Willen und Verstand zu Schauplätzen menschlicher Unfreiheit: Das Subjekt ist von seinen vorgegebenen Dispositionen ebenso begrenzt wie getrieben; seine Aufgabe besteht darin, seine Freiheit, seine Ziele, kurz sein „Ich“, soweit es geht, zur Geltung zu bringen - im Kampf mit Es und Über-Ich, im geschickten Umgang mit seinen Macken und Mängeln, durch kalkulierte Konzessionen an die mächtigen Triebe oder eben durch ihre „Sublimierung“.

Die Wahrheit ist freilich das Gegenteil: der Kampf der seelischen Instanzen ist nur die zur inneren Angelegenheit verdrehte Aufgabe des bürgerlichen Menschen, seine Wünsche und Bedürfnisse, die unter dem Titel „Es“ sehr animalisch aufgefasst werden, mit der Realität in Einklang zu bringen, damit sie sich nicht als Enttäuschung oder ausgewachsene Seelenleiden gegen das bürgerliche Funktionieren geltend machen. Für diese Anpassungsleistung steht das „Ich“, das Realitätsprinzip der Seele. Dieses „Ich“ soll ebenso und aus dem gleichen Grund aber auch die anerkannten Pflichten und Ansprüche ans Individuum, die Forderungen des „Über-Ich“ eben, zu einem Gleichgewicht mit dem Recht auf ein Stück eigener Befriedigung bringen, damit es nicht am Widerspruch zwischen moralischen Forderungen und dem Anspruch auf eigenen Befriedigung zerbricht. Das Menschenbild der Psychologie ist populär, seine Botschaft trifft auf offene Ohren bei dem modernen Individuum, das wie der Psychologe davon überzeugt ist: wer sich selbst annimmt, befriedigt, kontrolliert, *wer sein Verhältnis zu sich im Griff hat, der hat mit der Welt keine Probleme mehr*, und umgekehrt, *alle Probleme in und mit der Welt resultieren aus dem problematischen Verhältnis des Individuums zu sich*.¹⁵

Ein Zwischenfazit: Die sozialwissenschaftlichen Konstruktionen eines Menschenbildes zeichnen die kapitalistische Welt als *passende Antwort* auf den seiner selbst nicht mächtigen Menschen. Sie produzieren mit ihrem *Bild von der frei beschlossenen Selbstunterwerfung des Menschen* den *Schein von Notwendigkeit* für das, was die praktische Erfahrung der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse zeigt - und zwar eine absolute überhistorische Notwendigkeit, der man gar nicht anders als sich unterordnen kann. Erster und entscheidender Nutzen der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ist die Produktion von falschen Gedankengebäuden – *Ideologien* - zur Bildung und Pflege des falschen Bewusstseins

¹⁵ „So vom Es getrieben, vom Über-Ich eingeengt, von der Realität zurückgestoßen, ringt das Ich um die Bewältigung seiner ökonomischen Aufgabe, die Harmonie unter den Kräften und Einflüssen herzustellen, die in ihm und auf es wirken, und wir verstehen, warum wir so oft den Ausruf nicht unterdrücken können: *Das Leben ist nicht leicht!*“ (Freud, Sigmund; Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse; Band 1; Frankfurt am Main 1969, S. 515)

des modernen Staatsbürgers.¹⁶ Solche affirmative Deutung der Welt bilden heutzutage allerdings bestenfalls den Auftakt, um in die Denkmethode des jeweiligen Faches einzuführen. Menschenbilder gehören in die *Einführungsvorlesung*. Danach präsentiert sich das jeweilige Fach als eine spezielle *Erfolgsmethode* für die vielfältigen gesellschaftlichen Interessen, die eine kapitalistische Marktwirtschaft und ein modernes demokratisches Staatswesen so hervorbringen und beheimaten.

Sozialwissenschaftliches Beratungswesen: Erfolgsmethoden für Konkurrenzsubjekte

Das Ideal der modernen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist der *Berater*. Ihren *Kunden* ausgefeilte *Erfolgsrezepte* anzubieten, erachten heutige Wissenschaftler als viel entscheidender, denn methodisch ausgefeilte Gedankengebäude über die gesellschaftliche Wirklichkeit zu konstruieren. Wissenschaftliche Dienstleistung nach dem Vorbild der „think tanks“ an angloamerikanischen Universitäten – auch hierzulande garantiert das *Praxisrelevanz* und verspricht *Reputation*.

Dies sei an einigen wenigen, beliebig aufgegriffenen Beispielen illustriert. In den Wirtschaftswissenschaften erfreut sich die *Chartanalyse* großer Beliebtheit, deren Vertreter ihren Ehrgeiz daran setzen, Gesetzmäßigkeiten in den Kursbewegungen der Aktienwerte an der Börse zu konstruieren, auf dass der Anleger über ein sicheres Handwerkzeug zum erfolgreichen Spekulieren verfügt. Die Sozialwissenschaften haben das *Entrepreneurship* – auf deutsch: die Unternehmensgründung – als neues Feld entdeckt und gleich einen ganzen Studienschwerpunkt kreiert, der verspricht, Hochschulabsolventen mit dem nötigen Wissen und methodischen Handwerkzeug für eine Karriere als selbständiger Unternehmer auszustatten, nicht zuletzt um so der drohenden Akademikerarbeitslosigkeit zu entgehen.

Die modernen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erweisen sich darin als Produkt einer Gesellschaft, in der einerseits die Individuen ihre Interessen verfolgen dürfen und sollen, andererseits bei der Verfolgung ihrer Interessen immerzu aneinandergeraten und scheitern. Geld an der Börse anlegen und verdienen, sollen heutzutage nicht mehr nur professionelle Spekulanten, sondern auch die Masse zukünftiger Rentner; jetzt setzen alle auf und investieren in die Börse, und schon gibt es einen Börsencrash, der das angelegte Geld vernichtet. Das beweist umso eindringlicher die Bedeutung des Chartanalysten samt seiner methodisch fundierten Erfolgsrezepte für den spekulativen Anleger. In einer Marktwirtschaft ist Sich-Selbständig-Machen eine Zwangsalternative, wenn gesicherte Arbeitsverhältnisse zunehmend weniger im Angebot sind. Der Entrepreneurship-Berater verspricht den Jungunternehmern in spe das betriebswirtschaftliche und verhandlungsmethodische Instrumentarium für die Unternehmensgründung, mithin die Möglichkeit von Unternehmererfolg gerade auch dann, wenn ihnen das entscheidende Erfolgsmittel abgeht, das erforderliche Kapital. Das Ethos der wissenschaftlichen Dienstleistung geht zwar notwendigerweise einher mit der *Nutzlosigkeit der Erfolgsmethoden* – weder verhindert die Chartanalyse den Börsencrash noch das Entrepreneurship den Bankrott von Firmengründern. Dies tut aber dem aktuellen Ideal der Gesellschaftswissenschaften keinen Abbruch, den vorhandenen gesellschaftlichen Interessen, im modernen Jargon „Kunden“ genannt, eine Erfolgs-

¹⁶ Zusatzbemerkung: Das affirmative Geschäft, der kapitalistischen Welt den Heiligenschein der Vernunft zu verpassen, hat sich auch noch den Ruf erworben, *kritisch* zu sein. Und tatsächlich, die Sozialwissenschaften sind kritisch. Erstens gegen den Menschen, dem sie nicht viel zutrauen. Besonders kritisch werden sie zweitens, wenn die segensreichen Wirkungen, die sie der Gesellschaft und ihren Institutionen nachsagen, nicht eintreten. Im Fall ihrer Widerlegung werden Gesellschaftswissenschaftler nicht kleinlaut, sondern offensiv: Sie bekennen sich zu dem Idealismus ihres Denkens und kritisieren die Welt: Sobald sich erweist, dass ihre nützlichen Funktionszusammenhänge bloß schön ausgedacht aber nicht wirklich sind, formulieren sie die Ungültigkeit ihrer Ideen als Vorwurf: Fehlverhalten und Defizite – bei Individuen und/oder Institutionen - müssen vorliegen, wenn der Nutzenautomatismus, von dem sie wissen wollen, nicht wirkt.

methode für ihre erfolgreiche Bewährung in der Konkurrenz anzudienen. Auch ein Beitrag zum notwendig falschen Bewusstsein der kapitalistischen Gesellschaft.¹⁷

Zwischenfazit

Der Nutzen der Wissenschaft im Kapitalismus besteht in ihrem *Dienst*, im Fall der Naturwissenschaft in der Produktion von richtigem Wissen über die Natur für die Geschäfts- und Gewaltbedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaft, im Fall der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften in der Ideologieproduktion für das falsche staatsbürgerliche Bewusstsein. Dieses prinzipielle Dienstleistungsverhältnis ist so fraglos akzeptiert, dass es in der öffentlichen Debatte, wenn immer es um die Reform oder Verbesserung der Hochschulen geht, von niemanden thematisiert wird, weder von Politikern, Wirtschaftsmanagern, Professoren oder Studierenden. Was eigentlich ein Skandal, weniger emphatisch: ein vernichtendes Urteil über diese Gesellschaft und ihre Wissenschaft ist, wird in noch jeder Diskussion über Bildungs- und Wissenschaftspolitik immerzu als Selbstverständlichkeit unterstellt: Im Kapitalismus hat Wissen *nützlich für die vorausgesetzte Praxis* zu sein, die sich nach ganz anderen als vernünftigen Prinzipien richtet – und nicht umgekehrt sich die gesellschaftliche Praxis nach dem Stand des Wissens zu richten!

2. Die universitäre Lehre: Auswahl und Ausbildung des Nachwuchses für die höheren Berufe

Das nützliche Wissen, das sie hervorbringt – Gesetze der Natur und Ideologien über die Gesellschaft –, macht die Universität der Gesellschaft dadurch verfügbar, dass sie die Träger dieses Wissens in gehöriger Zahl hervorbringt, Personen, die mit Wissenschaft bekannt gemacht wurden. Die Forschung ist nur die eine Hälfte des staatlichen Auftrags für die Hochschulen, die andere Hälfte ist die Ausbildung und Auswahl des Nachwuchses für die höheren Berufe.

Davon braucht es – jeder Student, der die unteren Ränge des Bildungssystems und die Mitschüler von damals hinter sich gelassen hat, weiß darum – auch in den Zeiten der Massenuniversität relativ wenige. Die Universität betreibt höhere Bildung, mehr als zwei Drittel des Volkes kommen in sie erst gar nicht hinein. Das ist für sich auch wieder schon ein Skandal: Wissen ist im Kapitalismus keine Bedingung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – dann nämlich müsste jeder gebildet sein und zumindest auf allen wichtigen Feldern so viel wissen, dass er begründet mitentscheiden und bewusst die Gesellschaft mitorganisieren kann –, sondern eine Sache von Spe-

¹⁷ Diese Sorte wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Beratungswesens hat sich mittlerweile ausnahmslos aller Lebensbereiche bemächtigt. Kleine Preisfrage: In welchem Fachbuch stehen die folgenden Ausführungen?

1. „Klar definierte und festgelegte Ziele bilden die Basis für die Entwicklung von Strategien und dienen der abschließenden Bewertung von Alternativen. Somit bedarf es auch der Bestimmung von Zielen, um unter strategischen Gesichtspunkten eine Wahl zwischen (...) und (...) treffen zu können. Die Vorteilhaftigkeit einer Bereitstellungsalternative kann dann an ihrem entsprechenden Zielerreichungsgrad gemessen werden.“

2. „Um einem (...) Unternehmen gewachsen zu sein, braucht es neben den technischen Fertigkeiten eine durchdachte, den tatsächlichen Bedingungen angepasste Taktik. In eine taktische Vorplanung müssen alle festen und variablen Größen einbezogen werden. In der Durchführung zeichnet Flexibilität und Kreativität ein gutes taktisches Verhalten aus. Umfangreiche (...) Erfahrung, Innovation und realistische Beurteilung der zu erwartenden Bedingungen sind gute Voraussetzungen, um eine dem jeweiligen Unternehmen angepasste Taktik zu finden. Gelungene große (...) Unternehmungen sind taktische Meisterleistungen.“

Lösung: Erstes Zitat könnte aus einem Lehrbuch zum Pflegemanagement stammen, in dem die Alternativen häusliche Pflege oder Heimunterbringung abgewogen werden; setzt man allerdings „Eigenfertigung“ und „Fremdbezug“ in die Klammern ein, erhält man eine betriebswissenschaftliche Abhandlung (Von Herff, Markus; Outsourcing-Entscheidungen; Aachen 2002, S. 23). Das zweite Zitat könnte gleichfalls aus einem BWL-Buch stammen; fügt man jedoch das Adjektiv „alpin“ in die Klammern ein, wird aus dem strategischen Unternehmensratgeber eine Alpenvereins-Schulungsbroschüre (Geyer, Peter; Dick, Andreas; Alpin-Lehrplan Band 3, Hochtouren/Eisklettern; München 2001, S. 72).

zialisten. Diese Spezialisten sind nicht einfach nur Menschen, die eben mehr wissen als andere. Um einen harmlosen *Wissensunterschied* – den man übrigens jederzeit ausgleichen könnte – handelt es sich bei der staatlich hergestellten Sortierung in Akademiker und den Rest der Menschheit beileibe nicht. Vielmehr leisten die wissenschaftlich ausgebildeten *Führungskräfte* dieser Gesellschaft ihre Dienste gerade dadurch, dass sie all jene, denen die Beschäftigung mit Wissenschaft verwehrt wurde, den ungemütlichen Notwendigkeiten von Geschäft und Gewalt *unterwerfen*, deren Exekution den Inhalt ihrer Berufe bildet.

Mit dem höheren Wissen wird sparsam umgegangen. Es wird erstens nur an Leute vermittelt, die es wegen ihrer Funktion in der Berufswelt brauchen, und diesen Leuten wird zweitens vom vorhandenen Wissen nur so viel vermittelt, wie sie für ihre Funktion brauchen. Wissen verschafft ihnen nicht praktische Freiheit - für die freie Wahl von Tätigkeiten und Interessen könnten sie unmöglich zuviel Wissen haben -, sondern Tauglichkeit für den Beruf. Sie sind den gesellschaftlichen Funktionen, die sie anstreben oder ausüben, subsumiert. Die erfolgreiche Bornierung auf ein Spezialgebiet macht den „Fachmann“ auf allen Ebenen der Berufshierarchie aus. Für die große Mehrzahl besteht ihre berufsqualifizierende Spezialität in der puren Bornierung, der weitgehenden Abwesenheit von Wissen. Zur Ausfüllung der gesellschaftlichen Rollen, für die sie vorgesehen sind, müssen sie nur sehr wenig wissen. Wissen würde ihnen für die Bewältigung ihrer Aufgaben - das Aushalten ihrer Jobs - auch gar nichts nützen. Deshalb wird ihnen das Lernen schon früh erspart; mit „unnötigem Wissen“ müssen sie sich nicht belasten. Dafür dürfen sie sich dann in der öffentlichen Debatte um PISA- und anderen Studien, die das nationale Bildungsniveau evaluieren, auch noch für das ihnen vorenthaltene Wissen beschimpfen lassen.

Im folgenden sollen die grundlegenden Leistungen des universitären Ausbildungswesens dargestellt werden

2.1. Legitimation der Hierarchie der Klassengesellschaft durch eine Hierarchie der Bildungsabschlüsse

Das Bildungssystem, dessen höchste Stufe die Universität ist, versorgt alle Berufe abgestuft mit dem für sie nötigen Wissen und bildet dadurch die Hierarchie der Positionen im kapitalistischen Erwerbsleben nach - nun aber *als Hierarchie von Wissen und Qualifikation*. Denn, dass da nicht für verschiedene aber gleichrangige Tätigkeiten die jeweils erforderten speziellen Kenntnisse gelehrt und gelernt werden, sondern Zugang zu höheren und niederen Positionen durch ein mehr oder Weniger an Ausbildung - allein schon ablesbar an ihrer Dauer - eröffnet wird, ist unübersehbar. Diese *Verdoppelung der kapitalistischen Hierarchie der Positionen* ist ihre stärkste *Rechtfertigung*: Sie stellt die Ränge und die Einkommen, welche die Gesellschaft bereithält, als Unterschiede des *Wissens* dar, so als ob der Rang einer von Wissen und Fähigkeiten wäre, dem im höheren Einkommen nur der größere Beitrag zum Leben der Gesellschaft entgolten würde. Tatsächlich beruhen die höheren Positionen aber nicht auf wissenschaftlichen Leistungen sondern auf *politischer und wirtschaftlicher Macht*. So überzeugend fällt der Beitrag der Hochqualifizierten zu den Anliegen und Anstrengungen der anderen jedenfalls nicht aus, dass die „Vorgesetzten“ auf institutionelle Macht- und Erpressungsmittel im Umgang mit den ihnen „Untergebenen“ verzichten könnten. Im Gegenteil: Von den Verantwortungsträgern in den oberen Rängen wird ein Stück der Gewalt dieser Gesellschaft gegen diejenigen ausgeübt, die Objekt ihrer betrieblichen Aufsicht, medizinischen Betreuung, juristischen Kontrolle oder schulischen Auslese sind.

Stets tragen die mit einem Hochschulabschluss ausgestatteten Inhaber der höheren Jobs einen *Gegensatz* gegen die Interessen der Normalbürger aus, von denen sie eine Leistung verlangen, beurteilen oder belohnen, die diese nicht von sich aus und nicht für sich bringen. Der *Ingenieur*

kennt sich eben nicht nur in Maschinerie und Produkt besser aus als andere, er fügt sich mit seiner Ingenieurskunst auch eindeutig in das betriebliche Ausbeutungsverhältnis ein. Er tritt den in der Produktion Beschäftigten gegenüber – als in Apparaten vergegenständlichter Zwang oder als hierarchisch übermittelte Anweisungen an den Arbeits- und Produktionsprozess – und verlangt ihnen nach Tempo und Pensum eine Arbeit ab, die ihre Gesundheit und Lebenskraft über kurz oder lang ruiniert. Der Betriebserfolg erfordert schließlich, die Kosten so zu gestalten, und das heißt zuallererst, die Löhne zu senken und die Leistung zu steigern, dass für die Eigentümer des Betriebs ein ordentlicher Gewinn herauskommt. Dasselbe „leisten“ *Betriebswirte* in Büros und Verwaltungen, wenn sie im Dienste der Bilanzen nach „Lösungen“ suchen, Kosten zu minimieren und Erträge zu maximieren. Funktionsträger des Unternehmers sind sie aus Überzeugung - das haben sie schließlich auf der Hochschule gelernt. Auch wer nicht Funktionen des Kapitalisten ausübt, trägt bei zur Unterordnung der Bevölkerung unter die kapitalistische Ordnung: Der *Arzt* hilft nicht nur im Krankheitsfall, indem er die zerstörerischen Wirkungen der Lohnarbeit und der geschäftsdienlichen Vergiftung von Land, Luft, Wasser und Lebensmitteln als lauter medizinische Probleme behandelt, die ihre Ursache – und damit auch den Ansatzpunkt ihrer Bekämpfung – im Körper (oder vielleicht auch in der „ungesunden privaten Lebensführung“) des Patienten haben. Damit leistet er medizinisch und ideologisch seinen Beitrag dazu, dass die Leute sich und ihren Körper den gesundheits- und lebensgefährdenden Notwendigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftens anpassen, um sie mit sachkundiger medizinischer Beratung dauerhaft aushalten zu können. Aber nicht nur das: er stellt auch fest, ob ein „echter“ Krankheitsfall überhaupt vorliegt; mit der staatlichen Befugnis zur Krankenschreibung ausgestattet wacht er darüber, ob der Patient die einzig erlaubte Ausnahme von der allgemeinen Arbeitspflicht - eine ernste Krankheit - etwa missbraucht. Auch der *Psychologe* hilft - dem an sich selbst zweifelnden Individuum, das sich in die Konkurrenz stürzt, alle Anforderungen erfüllen, alle Belastungen aushalten will, um darüber zu seinem materiellen, sexuellen oder auch nur das Selbstbild betreffenden Erfolg zu kommen, und das nicht schafft. Nur wer zu dem Schluss kommt, dass mit ihm selbst etwas nicht stimmt, wenn sich der Erfolg nicht einstellt, den sich einer zur Pflicht gemacht hat, wendet sich an den Spezialisten für die Psyche. Dieser gibt dem Schmied seines gescheiterten Glückes recht in seinem Wahn, und lenkt ihn auf die Aufgabe, das eigene Innere zum Funktionieren zu bringen, Hemmungen ebenso wie übertriebene Ansprüche abzubauen, grundloses Vertrauen in die eigene Fähigkeit zum Erfolg wieder aufzubauen - und so insgesamt den Willen zum Funktionieren in Beruf und Familie wieder aufzurichten, bzw. das Ausflippen zu bremsen. Der *Lehrer* hilft auch - und zwar dem Nachwuchs der Nation. Er fördert nicht nur Lesen, Schreiben etc., er bringt ihnen auch die Moral der Konkurrenz und die Lektionen vom lieben Gott bei und fällt am Maßstab dessen, wie gut sich die Schüler alles zu eigen machen, weitreichende Entscheidungen über ihren zukünftigen Lebensweg. Die Notengebung braucht - jeder Referendar kennt die Gauß'sche Normalverteilung - neben den guten immer auch die schlechten Schüler, die sich dank der Unterscheidungskraft des Lehrers als weniger intellektuell denn „praktisch begabt“ erkennen dürfen. Die *Funktionsträger der Justiz*, gleichgültig ob Richter und Ankläger oder Verteidiger, unterwerfen die Bevölkerung den Pflichten und Schranken der bürgerlichen Gesellschaft. Sie beziehen deren Taten auf die Vorschriften in den Gesetzbüchern, entscheiden als höhere Instanz die Streitfälle zwischen Bürgern und verleihen ihrer Entscheidung Zwangscharakter. Wenn sie Verstöße gegen die gültigen Gesetze feststellen, beschließen sie die gezielte, die Rechtsverletzung „sühnende“ Beschädigung von Person und Eigentum des Rechtsbrechers.

Die akademische Ausbildung eröffnet den Zugang zu all diesen schönen Positionen, deren Ausfüllung nicht in wissenschaftlicher Arbeit - weder Forschung noch Anwendung - besteht, sondern in *Funktionen für die Ausbeutung und die politische Herrschaft*. Das Einkommen, das zwischen dem Zweifachen und dem Zwanzigfachen des Normalgehalts schwankt, beweist der Elite die enorme Leistung, die sie bringt. Es steht ihr zu. Denn es ist nur gerecht, dass in einer Gesellschaft, in der es um die Ausnutzung anderer geht, diejenigen, die *dafür* etwas leisten, mehr be-

kommen als die Objekte ihrer Aufsicht, die bloß die angeordnete Arbeit verrichten. Die „Leistungsgesellschaft“ läuft schließlich darauf hinaus, dass diejenigen, die es schaffen, einen gehobenen Posten zu ergattern, viel Geld mit wenig aufreibender (Schreibtisch-)Arbeit verdienen, und sich außerdem noch mit der Verantwortung schmeicheln können, die sie für die unselbständigeren Mitbürger tragen. Während die am schlechtesten bezahlten und unsichersten Jobs auch noch diejenigen sind, die den Menschen am meisten und schnellsten auslaugen. Den „Besitzern“ solcher Arbeitsplätze ist das anzusehen. Und jeder, der Mühe auf Schulabschlüsse und akademische Grade verwendet, hat kapiert, wie wichtig es für das ganze Leben ist, der Fabrikarbeit zu entgehen.

Der ursprünglich enge Bereich der wissenschaftlichen Berufe hat sich aus diesem legitimatorischen Grund enorm ausgeweitet. Wissenschaftliche Ausbildung „brauchen“ nicht mehr nur die späteren Wissenschaftler - Ärzte, Forscher, akademische Lehrer - sondern alle höheren gesellschaftlichen Positionen. Weil sie die höheren sind. Die Legitimation der höheren Positionen als Ausdruck und Anerkennung von größerem Wissen, hat sich geradezu *zum Ausbildungsgrund umgekehrt*: Wer eine hochbezahlte und mit Kommandogewalt über andere ausgestattete Position besetzt, muss auch bildungsmäßig höher stehen. Obwohl die Rolle des Besitzers von Produktionsmitteln eher erblich als per Examen erworben wird, gibt es kaum mehr *Unternehmer* ohne BWL-Abschluss. Und das, obwohl die Kunst, aus Geld mehr Geld zu machen, nämlich Arbeit billig zu einzukaufen, um dann aus der bezahlten Arbeit das Optimum an Leistung herauszuholen, und überhaupt immer auf die Kosten zu achten, wahrhaftig keine wissenschaftliche Anstrengung ist - das hat der Großvater des heutigen Betriebswirts, der nur kaufmännisches Rechnen gelernt hat, genau so gut erledigt. Aber dabei bleibt es nicht: Außer den Unternehmern sind auch die Politiker heute alle studiert; die Spitzenleute haben ihren Dokortitel, notfalls „honoris causa“. Die Bundeswehr will ihre *Offiziere* nicht ohne akademischen Grad kommandieren lassen, weil nur eine Fachschule für Kriegshandwerk samt Strategie und Taktik der gesellschaftlichen Stellung des Offizierskorps - auf der Stufe der Studien-, Regierungs-, und Ministerialräte bis Direktoren - nicht entspräche. Die Festigkeit dieser zur Legitimation von oben und unten eingeführten Hierarchie der Bildungsstufen wirkt auch umgekehrt: Der *Apotheker* verteidigt sein Einkommens- und Statusniveau durch eine rein historisch begründete Ausbildung - frühere Pharmazeuten mussten die Chemie der Arzneien beherrschen, um sie herzustellen -, während er tatsächlich längst zum Verkäufer fertiger Waren geworden ist, was in anderen kapitalistischen Ländern deswegen angelernte Kräfte längst schon genauso gut erledigen.

2.2. Wissensvermittlung als Mittel der Selektion

Es ist ein Teil des Dienstes der Universität an der Gesellschaft, dass sie nicht nur die Minderheit eines Jahrgangs, der für die höheren Posten gebraucht wird, mit Wissenschaft bekannt macht, sondern auch für die zukünftigen Arbeitgeber heraus sucht, welcher Studiosus sich wie fleißig und geschickt bei der Aneignung der Wissenschaft anstellt und es „*deshalb*“ in ihr weiter oder nicht so weit bringt. Indem die Studierenden allesamt unter den gegen ihre besonderen Lernbedingungen und -geschwindigkeiten *gleichgültigen* Maßstab des Lernens in Zeit gebeugt werden; indem *Prüfungen* veranstaltet werden, deren Zweck die Feststellung der im Lernprozess durch ihre Gleichbehandlung an den Studierenden *hergestellten* Unterschiede ist; indem die gefundenen qualitativen Wissensunterschiede nach einer gründlichen Abstraktion von allem Inhalt in Form einer Zahl *als Note* festgehalten werden, schafft sich die Universität ein Kriterium für die weitere Zulassung und das Fortkommen des erfolgreichen Teils der Studentenschaft und den Ausschluss der anderen. Wie der ganze Bildungssektor benutzt also auch die Universität die Wissensvermittlung als Material einer *Auslese*, die hier wie auf den niederen Schulen nach demselben Prinzip verfährt: Wer sich beim Anlernen oder Verstehen der Wissenschaften schwerer tut als seine Kommilitonen, der muss sich nicht etwa mehr anstrengen und extra Unterstüt-

zung bekommen, damit er es schafft; so einer braucht sich nach ein paar misslungenen Prüfungen gar nicht mehr um dieses Feld kümmern, weil er wegen Misserfolgs zu weiteren Studien nicht zugelassen wird. Im Verfahren der Selektion beweist sich, wie begrenzt das Interesse der Gesellschaft am Wissen der nachwachsenden Generation ist. Die Minderheit, die wirklich gebraucht wird, schafft es schon. Und auf den Rest kommt es nicht an.

Das Ausbildungswesen verdoppelt nicht nur die Hierarchie der bürgerlichen Berufe um eine Hierarchie der Bildung, es verdoppelt auch die Berufskonkurrenz um eine *Bildungskonkurrenz*. Ehe der „Ernst des Lebens“, nämlich der Kampf ums Geld beginnt, geht es auch schon ganz schön ernst zu. Von der Grundschule bis zum Doktorandenseminar ist das Lernen als ein Wettbewerb organisiert, der bestanden werden muss - und zwar relativ besser als die Altersgenossen. Er entscheidet das gesamte Berufsleben vor; vor allem, auf welcher Stufe der Berufshierarchie der Bewerber in die ökonomische Konkurrenz einsteigt. Anders als die wirtschaftliche ist diejenige um Wissensaneignung pro Zeit eine wahrhaft ideale Konkurrenz, ihre Resultate sind dem Individuum absolut zurechenbar. Während in der Konkurrenz ums Geld ein Erbe, Glück, Rücksichtslosigkeit, eine Heirat mehr bewirken können als individuelle Leistung, zählt bei Bildungsabschlüssen wirklich nur diese - selbstverständlich in Relation zu den lieben „Kommilitonen“ und zu den sich wandelnden Maßstäben der Prüfungen. Nirgendwo sonst wird mit der „Leistungsgesellschaft“ so ernst gemacht bei dem Überprüfen und Bewerten der Leistung, sich den Anforderungen des Bildungsbetriebs anzupassen, sich den Stoff zu merken und ihn unter Stressbedingungen wieder auszuspuken. Das wieder legitimiert die Hierarchie der Positionen. Weil sie durch schulische und universitäre Leistungen erreicht werden, sollen sie selbst für Leistung stehen. Dabei entscheidet Leistung in der Jugend - je nachdem, wie sie relativ zur Leistung der Konkurrenten bewertet wird - nur darüber, wie wenig Leistung im späteren Erwerbsleben genügt

Lehren und Lernen an der Hochschule ist *dem Zweck der Selektion untergeordnet*. Alle Mitglieder der höchsten aller Bildungsstätten sind sich darüber im klaren, ungeachtet ihrer Hymnen auf den Geist, den intellektuellen Austausch und die kritische Prüfung der Gedanken innerhalb der „scientific community“. Die *Prüfung* ist das Ziel des Studierens. Und wo das so ist, besteht die Aneignung des so genannten „Stoffs“ nicht im Kopieren, sondern in seiner *berechnenden Wiedergabe*. Prüfungen in den naturwissenschaftlichen und technologischen Fächern lassen sich zwar ohne ein notwendiges Maß an Kenntnissen nicht erfolgreich bestehen, hinreichend sind sie aber damit noch lange nicht; mindestens ebenso wichtig ist für den Prüfling, bei den Klausuren möglichst im Vorhinein zu wissen, welche Aufgaben zu erwarten sind. In den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen muss man in den Prüfungen unter Beweis stellen, dass man in dem entsprechenden Fach mit seinem Pluralismus an Methoden und Theorien *zuhause* ist, am besten gleich noch in der *Spezialität* und den *Vorlieben* des jeweiligen prüfenden Professors. An einem Ort, wo bisweilen empfohlen wird, man solle sich in Theorien „hineindenken“, weil sie sich dann leichter behalten ließen, geht es jedenfalls nicht um Einsicht und schon gar nicht um die Prüfung der Wahrheit dessen, was man sich aneignet. Im Gegenteil; von Versuchen in diese Richtung würden sich Dozenten wie Studiosi gleichermaßen bei dem Geschäft gestört fühlen, um das es an ihrer Anstalt geht. Alle Theorie ist schließlich das Material, an dem sich Studierende in der Konkurrenz an der Hochschule zu bewähren haben und entsprechend *instrumentell* fällt ihr Umgang damit aus: „Müssen wir das wirklich wissen?“ - ist die häufigste Verständnisfrage. Unmut wird höchstens laut, wenn der Dozent den Stoff nicht fasslich genug präsentiert. Dann fühlt sich der Nachwuchs zu der Kritik herausgefordert, zu der das Hochschulgesetz ihn berechtigt: zu der an der pädagogischen Eignung des akademischen Lehrers.

Dieser ordnet seinerseits die Lehre dem Anliegen der Prüfung unter: Eine Vorlesung ist gut, wenn der Dozent klar macht, was von dem Gesagten mitgeschrieben, weil in Prüfungen möglichst wörtlich reproduziert werden muss - und was gleich wieder vergessen werden darf. Abgesehen davon, dass er den Studierenden das Mitschreiben leicht macht, hat der Professor ihnen

ihr Geschäft natürlich auch schwer zu machen. Schließlich besteht seine Aufgabe darin, die Bewerber an dem Stoff, den er ihnen bietet, zu unterscheiden. Memorierte Namen, zufällige Daten und Details werden ebenso zum Mittel, den besonders hellen Jungakademiker von der großen Masse der Mittelmäßigen zu unterscheiden, wie der große Überblick und die Fähigkeit, „Zusammenhänge“ darzustellen.

Die geistige Arbeit der Studenten ist danach: Die einen pauken taktisch und strategisch auf ihre Prüfung hin - nicht zu lange davor, damit zum entscheidenden Datum schon wieder vieles vergessen ist, und nicht zu kurz davor, damit alles einmal drankommt. In manchen Fächern wird das Lernen in dafür eingerichteten privaten Paukkursen *nach* dem Studium abgewickelt. Andere Studierende vergraben sich in Quellenstudium und Doktorarbeiten - man kann ja nie genug wissen - bis sie das ursprüngliche Thema aus den Augen verlieren. Beide Fraktionen verachten die Prüfung, ihre Zufälligkeiten und Äußerlichkeiten, solange sie drinstecken. Natürlich bedienen sich der Tipps früherer Prüfungsjahrgänge über das Steckenpferd des jeweiligen Prüfers, seinen Prüfungsstil und lachen über die Ausrechenbarkeit der Professorenpersönlichkeit. Später, wenn die Prüfung bestanden ist, verblasst die Kritik an ihr. Je länger sie zurückliegt, desto mehr glaubt sich der Absolvent den abgelegten Beweis seiner Befähigung und hält das Diplom, das den Konkurrenzserfolg abschließend fixiert, für einen Ausdruck seiner Persönlichkeit.

Dass nach der Prüfung die ganze Wissenschaft vergessen wird, ist bei diesem Studium selbstverständlich. Das wenige, was man im späteren Beruf wissen muss, lernt man ohnehin „in der Praxis“. Mit ihrem Lehren und Lernen gestehen Beteiligten praktisch, dass das Wissen Mittel ist, um an die interessanten Posten heranzukommen - und nicht etwa das Handwerkszeug, das es braucht, um sie kenntnisreich auszufüllen.¹⁸ Auch die sogenannten Spezialistenberufe sind nicht so wissenschaftlich wie das Studium, mit dem man sich den Zugang zu ihnen verschafft. Wie viel Biochemie muss ein praktischer Arzt schon wissen, um bei den gängigen Krankheiten die gängigen Medikamente zu verabreichen. Wie umfassend muss ein Chemiker sein Fach kennen, wenn er später im Labor immer dieselben Tests mit denselben Reagenzien durchführt? Wie weit muss der Englischlehrer den Schülern in der Kenntnis der Sprache voraus sein, um ihnen noch etwas Abfragbares beizubringen? So gesehen kommt die grobe Bekanntschaft mit der Wissenschaft, die für die Ausübung der höheren Berufe vorteilhaft ist, als Nebenprodukt der Selektion locker zustande.¹⁹

2.3. Die Leistung des freiheitlichen Bildungssystems: Überreichliche Auswahl vorsortierter Bewerber für jede Nachfrage

Das *Angebot an qualifizierten Bewerbern*, das die Universitäten ebenso wie die niederen Bildungsinstitutionen hervorbringen, ist *nach Quantität und Qualität verschieden von der Nachfrage* auf dem Arbeitsmarkt, die von der Wirtschaft und nicht zuletzt vom Arbeitgeber Staat ausgeübt

¹⁸ In manch anderen europäischen Ländern kommt es für den Zugang zu den höheren Berufen viel weniger auf den fachlichen Abschluss an denn auf die Universität, wo er erworben wurde. In Großbritannien qualifiziert ein Bachelor in Geschichte oder französischer Literatur von einem der Colleges in Oxford oder Cambridge für eine Anstellung als Analyst in einem Finanzunternehmen der Londoner City, wohingegen in Deutschland der Bewerber einen Diplomabschluss in Finanzbetriebswirtschaftslehre vorweisen muss.

¹⁹ Es ist schön zu erfahren, dass immer wieder Ärzte ohne Approbation und Professoren ohne Hochschulexamen jahrzehntelang ihre Positionen ausgefüllt haben, ohne Anstoß zu erregen. Wenn die Sache ruchbar wird, dann stellt sich heraus, dass sie etwas Unerlaubtes getan, nämlich einen Beruf ohne die öffentlichen Zulassungsbedingungen ausgeübt haben. Ob sie dabei auch etwas falsch machten, wird nicht berichtet; es interessiert ja auch nicht. Ebenso wenig, wie es im Fall einer durch die nötigen Zeugnisse nachgewiesenen, berechtigten Berufsausübung interessiert, ob der Herr Doktor alles richtig macht und der Herr Professor sich auskennt. Mit der nachgewiesenen Zugangsberechtigung ist die Frage nach der Qualität der beruflichen Leistungen weithin erledigt.

wird. Dieses Ergebnis eines freien Bildungssystems ist ebenso notwendig wie nützlich für die Marktwirtschaft, die es bedient – aus mehreren Gründen:

Die *Trennung* des tatsächlichen Bedarfs von seiner Bedienung ist überhaupt das Freiheitliche des ganzen Systems. Sie erzeugt die *Chimäre einer Freiheit* der Berufswahl und den Schein, aus jedem Menschen könnte werden, wozu dieser sich erstens frei entschieden und zweitens durch Fleiß und Begabung fit gemacht hat - als würde es um so mehr Chefposten und Verdienstquellen für Ärzte geben, je mehr Leute sich vorgenommen haben, genau das zu werden. Die Ungewissheit, ob ein Absolvent mit seinen Bemühungen, sich zu einem attraktiven Angebot an Arbeitgeber herzurichten und entsprechende Zeugnisse zu erwerben, schließlich nicht „am Markt vorbei produziert“ hat, wird ihm als *Preis* der hochzuschätzenden Freiheit abverlangt, die offenbar keinen Schaden nimmt, wenn „nicht jeder seinen Traumberuf ergreifen kann“. Dabei ist es doch bloß die Wahrheit über diese Freiheit: Es ist das private Risiko und die private Last, sich der - wechselnden und unberechenbaren - Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt anzupassen. Die *Unkosten* einer Veränderung der Nachfrage nach Qualifikationen trägt in der freien Gesellschaft eben nicht diese, sondern das Individuum, das nach etlichen Semestern Hochschulausbildung mit Bedauern festzustellen muss, dass es den Beruf, auf es sich vorbereitet hat, nicht mehr oder, im Verhältnis zur Zahl der dafür Ausgebildeten, viel zu wenig gibt.

Dieses Ergebnis aller Hochschulen ist kein Schaden und keine Fehlfunktion dieser Einrichtungen, sondern selbst ein nützlicher Dienst, weniger an ihren Absolventen als an der Wirtschaft, für die sie ausgebildet werden. Schließlich wissen die Unternehmen heute selbst noch nicht, wie viel Absolventen welcher Schulen sie morgen brauchen. Die Ausbildung dauert aber ein paar Jährchen, die Entscheidung für ein Studienziel muss lange vor dem Abschluss fallen.²⁰

Wie das Wissen stellt das Kapital auch die Qualifikationen nicht selbst her. Es lohnt sich für „Arbeitgeber“ in der Regel nicht, den Leuten, die sie benutzen wollen, erst alles beizubringen, was sie für die Ausfüllung eines Postens brauchen. Zumal die ausgebildeten Leute - das „human capital“ - dem Unternehmer nicht endgültig gehören, der in es investieren müsste. Was das staatliche Ausbildungswesen an Qualifikationen hervorbringt, ist dann aber sowohl qualitativ wie auch quantitativ verschieden von jedem bestimmten betrieblichen Bedarf. Die öffentliche Ausbildung bereitet ihre Zöglinge auf allgemeinere Berufsbilder und ganze Branchen der Wirtschaft vor; die Qualifikationsprofile wie auch die Studienkapazitäten der eingerichteten oder einzurichtenden Ausbildungsgänge sind Resultat staatlicher Entscheidungen und ihrer hochschulautonomen Umsetzung. Die Gliederung des Schul- und Hochschulsystems, die Kapazitäten der verschiedenen Anstalten und die erteilten Zugangsberechtigungen - nicht die wirkliche Nachfrage des Arbeitsmarktes - entscheiden darüber, wer sich auf welchen Beruf vorbereiten darf. Die Jugend, die diese Angebote nutzt, findet sich dann schon. Inzwischen mehr als erwartet, aber die Kapazitäten sind - wie man sieht - bei entsprechendem Andrang sehr dehnbar.

Die notwendige Entscheidung über den zukünftigen Ausbildungsbedarf von Wirtschaft und Gesellschaft fällen politische Instanzen - und zwar mittels *ideologischer Rechnungen*. Wie auch sonst? Wissen können sie ihn ja nicht. In die Schätzung geht ihr Wille zum Wachstum der nationalen Wirtschaft mit ein, sie antizipieren also stets einen wachsenden Bedarf an höher- und wis-

²⁰ Deshalb muss es für die unberechenbare Nachfrage der Wirtschaft periodisch zuviel und zu wenig Absolventen der verschiedenen Fachrichtungen geben. In der ersten Hälfte der 90er Jahre gab es massenhaft arbeitslose Physiker, Informatiker und Ingenieure im Maschinenbau. Die Studienanfänger haben sich daran orientiert und die Fächer gemieden. Ende der neunziger Jahre war dann auf einmal von einer „Ingenieurslücke“ die Rede sowie von 200000 fehlenden Informatikern. Seit Beginn des 20ten Jahrhunderts sind die Studiengänge in Informatik übertoll, die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt allerdings nach dem Crash in der New Economy drastisch gesunken. Mitte der neunziger Jahre waren die Studiengänge für das Lehramt in Deutsch oder Sozialkunde praktisch leer und etliche der Bundesländer finden heutzutage keine Bewerber, um die zunehmend frei werdenden Lehrerstellen zu besetzen. Seitdem sich dies unter jungen Menschen herumgesprochen hat, studieren wieder viele für das Lehramt...

senschaftlich qualifiziertem Personal. Hilfreich ist dabei der *Vergleich* mit konkurrierenden, womöglich fortgeschritteneren kapitalistischen Nationen.²¹ Was die haben, brauchen „wir“ auch. Wenn in den USA, Großbritannien oder den skandinavischen Ländern die Absolventen jünger sind, weil sie kürzer studieren, müssen auch wir das Studium beschleunigen; und wenn zudem in diesen Nationen mehr Abiturienten studieren, dann brauchen auch wir mehr Studenten – ganz ungeachtet davon, dass die Zahl der Absolventen die Nachfrage nach ihnen auf dem Arbeitsmarkt längst schon übersteigt.²² Die Bereitstellung ausgebildeter Leute wird in diesem Vergleich von einer Voraussetzung der nationalen Geschäftemacherei zu ihrem Grund - ein verwegener Gedanke der Art, dass sich das Angebot an Qualifizierten schon seine Nachfrage schaffen und die Wirtschaft zu seiner Verwendung treiben würde.

In Deutschland wie in allen anderen kapitalistisch führenden Nationen ist es zum Normalzustand geworden, dass die Zahl der Absolventen aller Bildungsinstitutionen die Zahl derer, die tatsächlich Arbeit in dem Beruf finden, für den sie sich an der Hochschule qualifiziert haben, übersteigt. Aus der Perspektive von deren zukünftigen Anwendern ist das Überangebot an Akademikern gut und nicht schlecht: das staatliche Ausbildungswesen produziert ein *überreichliches Potential vorsortierter Bewerber für jede Nachfrage*, aus dem sich die Arbeitgeber in der privaten Wirtschaft wie im öffentlichen Dienst *frei und gehaltsdrückend* bedienen können. Die Personalbüros haben die Auswahl zwischen verschiedenen Bewerbern; diese müssen zusätzliche Angebote an Leistung und Billigkeit machen, um genommen zu werden. Kein Geschäft scheitert daran, dass die dafür nötigen qualifizierten Arbeitskräfte nicht zu bekommen sind, oder verzögert sich dadurch, da sie erst ausgebildet werden müssten. Es fördert die Ertragskraft der Firmen, dass die nötigen Fertigkeiten im Überfluss vorhanden sind und auch speziell gebildete Arbeitskräfte keine Chance bekommen, die Angewiesenen der Unternehmer auf gerade ihre Künste zur Erpressung einer außerordentlichen Bezahlung auszunutzen.

Bis hierher hält niemand die deutsche Universität, den Dienst von Forschung und Lehre für die Interessen von marktwirtschaftlichem Geschäft und demokratischer Staatsgewalt, und die Befassung der Jugend mit dieser Wissenschaft für „verrotet“. Alles ist nützlich, normal und freiheitlich. Wenn von oben und von unten Unzufriedenheit über den Zustand der Hochschulen laut wird, ist alles bisherige unterstellt und grundsätzlich gebilligt.

²¹ In der Bundesrepublik hatten in den 1960er Jahren Bildungspolitiker einen deutschen „Bildungsnotstand“ diagnostiziert, allein per Vergleich der Zahlen von deutschen Abiturienten und Studenten mit denen der Vorbildnation: „Mit 18 Jahren Schüler oder Student: USA 71%, BRD 15%!“ Woran es sonst noch gefehlt hat, wird nicht berichtet. Der Vergleich bewies sämtlichen Politikern, dass eine Modernisierung des gesamten Bildungswesens und eine Reform der deutschen Hochschullandschaft dringend erforderlich waren. Im Land musste es „Begabungsreserven“ geben, die nicht ausgeschöpft wurden; also verschaffte sich das Land dadurch, dass es mehr junge Leute länger lernen ließ, die Erfahrung, dass die Menschen begabter waren als gedacht. Mit dieser historischen Bildungsexpansion hat die Bundesrepublik tatsächlich etwas nachgeholt und eingerichtet, was ganz abgesehen von dem Vergleich mit den USA zur Produktivität des Kapitalismus gehört und hinter das sie auch mit keiner Konjunktur ihrer Bildungspolitik mehr zurückgeht: Das aussichtsreiche Angebot des sozialen Aufstiegs durch Bildung für jedermann und gewisse Nachhilfen, um die Chancengleichheit der Bildungskonkurrenz auch gegen ungleiche Startbedingungen herzustellen, schuf erst die Gewohnheit der Jugend, nicht mehr schlicht den Beruf zu erlernen, den die Eltern hatten, sondern zu sehen, wie weit sie die Ausbildungsleiter hinaufkommen. Das gilt besonders für die Mädchen, die mehrheitlich erstmals Berufe erlernten und sich nicht mehr nur auf die Rolle der Haus- und Ehefrau vorbereiteten. Der damals etablierte, von der Herkunft und in gewissem Grad auch von der Opferbereitschaft der Eltern unabhängige Aufstiegszwillen ist die subjektive Seite der Zurechtmachung der Jugend für die Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskräften auf allen Ebenen der Berufshierarchie.

²² Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag von 2002 die Erhöhung der Studierendenzahlen beschlossen: „Unser Ziel ist es, mindestens 40% eines Jahrgangs die Aufnahme des Hochschulstudiums zu ermöglichen.“

3. Die Modernisierung der Hochschule: Allgemeine Unzufriedenheit mit Forschung und Lehre - aus dem Glauben an ihre Macht

Alle Parteien, die sich auf die Universität beziehen, haben bei allem prinzipiellen Einverständnis mit ihr vieles an ihr zu kritisieren. Der Staat, der sie einrichtet und unterhält, die Wirtschaft, die sich von den Ergebnissen der Forschung wie von den neuen Absolventen Innovationsschübe und neue Konkurrenzfähigkeit erwartet, wie die Studenten, die sich von ihrer Ausbildung den Zugang zu entsprechenden Posten in der Hierarchie der Berufe versprechen, - alle sind sie unzufrieden, weil sie die von der Verwendung ihrer Resultate abgetrennte Institution als ein Mittel ansehen, das jeweils *für* gerade *sie* eingerichtet worden ist. Und weil sie, sobald der Erfolg sich nicht wie gewünscht einstellt, die Ausbildungsstätte per Rückschluss dafür verantwortlich machen. Wenn Wachstum, Innovation oder Stellensuche nicht klappen, dann muss mit Forschung und Lehre etwas nicht in Ordnung sein. Dieser von allen Seiten gepflegte *Idealismus* einer Wirksamkeit des Wissens wird im Misserfallsfall bitter *gegen* die Institution, an deren Leistung er glaubt. Sämtliche mit den Leistungen der Universität Unzufriedenen verwechseln zielstrebig Wissenschaft und Ausbildung als eine *notwendige Bedingung* des privaten Konkurrenz- und nationalen Wirtschaftserfolgs mit einer *Erfolgsgarantie*. Schließlich produzieren die Hochschulen in ihren naturwissenschaftlichen Abteilungen nur *Voraussetzungen* für Geschäft, Wachstum und Konkurrenzfähigkeit; diese finden Anwendung, wenn und in dem Maße wie die Wirtschaft davon Gebrauch machen kann; sich also eine Steigerung der Rentabilität des Kapitals verspricht. Die Geschäftschancen, die Kapitale sich erobern, wahrnehmen oder eben nicht finden - schafft das Konkurrenzmittel Wissen nicht herbei. Die sozial- und kulturwissenschaftlichen Abteilungen produzieren ohnehin nichts als legitimatorische Ideologien über den kapitalistischen Staat und seine Wirtschaft und tragen außer zum - freilich erforderlichen - falschem Bewusstsein der Mitmacher gar nichts zum Erfolg der Geschäfte bei. An der Umkehrung dieser *Bedingungen* des nationalen Wirtschaftserfolgs *in seinen unbedingten Grund und Hebel* halten die Kritiker gerade dann fest, wenn sie über die Universität herziehen und ihre Modernisierung für dringend erforderlich halten.²³

Im folgenden sollen die der herrschende Unzufriedenheit mit der deutschen Universität entspringenden Konsequenzen exemplarisch dargestellt werden: die Hochschulreformen, die deutsche Bildungspolitik ins Werk setzen, die Hochschulen umsetzen, und auf die sich die Studentenschaft einstellt.

3.1. Der Reformbedarf des Staates an seinen Hochschulen: zuwenig Leistung fürs Geld

Dass Universitäten über den Bedarf hinaus ausbilden und der Verdrängungswettbewerb der Absolventen mit höheren Abschlüssen gegen die jeweils nächst niedrigeren dazu führt, dass schließlich auf allen Niveaus der Qualifikation und in allen ihren Sparten mehr Bewerber antreten, als genommen werden, ist - um es noch einmal festzuhalten - für sich kein Grund zur Unzu-

²³ Es gehört zum notwendig falschen Bewusstsein der mit Funktionsträger staatlicher Macht, zwischen Voraussetzungen des Konkurrenzenerfolgs und diesem selbst nicht unterscheiden zu können und zu wollen. Der Bundeskanzler erklärt, Bildung sei für ihn „*das zentrale Thema moderner Gesellschaftspolitik und Zukunftsgestaltung*“ (Regierungserklärung vom 13. Juni 2002). Für seine für die deutschen Hochschulen zuständige Bundesministerin sind „*Bildung und Forschung von strategischer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes*“; sie zählt „*hoch qualifizierte Arbeitskräfte und exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Vernetzung von Forschung und Gesellschaft zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein innovatives Klima und hohe Wettbewerbsfähigkeit*“ und lobt sich, mit der „*nachhaltigen Modernisierung des Bildungs- und Forschungssystems*“ „*mit Erfolg...das innovationsmüde Klima vergangener Jahre überwunden und Deutschland im Bereich der modernen Technologien international attraktiv und wettbewerbsfähig gemacht*“ zu haben (Broschüre des BMBF „Die deutschen Hochschulen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert - An unseren Hochschulen bewegt sich etwas“; Juni 2002).

friedenheit des Staates mit der Bildung, die er veranstaltet.²⁴ Wenn Politiker einen Reformbedarf der Universität ausmachen, haben sie nicht die Lage auf dem Arbeitsmarkt, sondern den staatlichen Haushalt im Blick: sie „gestalten“ die Bildung aus einer Abwägung zwischen den Kosten, die sie verursacht, und dem Nutzen, den sie der Nation stiftet, - eine Abwägung, die ebenso ideologisch wie konsequent ist. Auskunft über beide Seiten entnimmt die Regierung ihrem Haushalt.

Der staatliche Haushaltsstandpunkt

In Zeiten, in denen die Wirtschaft nicht, oder für die Ambitionen der Regierung nicht genug wächst, in denen das Wachstum immer mehr Arbeitslose produziert und damit die größte Steuerquelle des Staates - die Steuer auf Lohn und Gehalt - schmälert, fehlt den öffentlichen Kassen Geld. Weil die Einnahmen zurückgehen oder für die wachsenden Projekte, die er sich vornimmt, nicht genug wachsen, sind ganz automatisch alle seine Einrichtungen zu teuer. Sie geben zuviel Geld aus, für das, was in die Staatskasse hereinkommt. Haushaltspolitiker wenden die Abhängigkeit der Staatsfinanzen vom Wachstum der privaten Wirtschaft ins Aktive: Sie finanzieren alle Bereiche der Beaufsichtigung und Betreuung des nationalen Kapitalismus nur, damit dieser klappt und floriert. Also betrachten sie die staatlichen Ausgaben und Aufgaben auch als Mittel, den ökonomischen Nationalerfolg herzustellen. Stimmt die Kasse nicht, dann kosten die staatlichen Einrichtungen nicht nur zuviel, für das Geld, das zur Verfügung gestellt wurde, dann - so die konstruktive Wendung - leisten sie für das, was sie kosten, zu wenig. Derselbe Idealismus der Herrschaft, der vor mittlerweile fast 40 Jahren die Bildungsexpansion begründet hatte, wendet sich jetzt kritisch gegen den erweiterten Ausbildungssektor: Man hat diese *Voraussetzung* für die Geschäftswelt, derer diese sich bedient, wenn es ihr nützt, und nicht, wenn nicht, als eine *Potenz* aufgefasst, die das Wachstum der Wirtschaft von sich aus beschleunigt oder gar herbeiführt - und legt ihr nun zur Last, dass das nationale Wirtschaftswachstum hinter den Erwartungen zurückbleibt. Es hilft nichts, dass die Leistung des Ausbildungssektors gar *nicht in seinen Resultaten* - weder in Forschungsergebnissen noch in Absolventen der verschiedenen Schulen - , dass sein Nutzen also auch *nicht an ihm liegt*, sondern daran, was die Wirtschaft damit zu machen versteht. Als Posten des Staatshaushalts wird die Bildung, wie alles andere auch, als Instrument der nationalen Wirtschaftsförderung und der Steigerung der Staatseinkünfte betrachtet und behandelt. *Per Rückschluss* „beweist“ ein mangelhaftes Wachstum des *Kapitals*, dass mit der *Hochschule* etwas nicht stimmt. Sie lässt Leistung vermissen - und - so die Diagnose, die den Ausgangspunkt auf den Kopf stellt - kostet deshalb zuviel.

²⁴ Es ist ein weit verbreitetes Missverständnis, die gegenwärtigen Hochschulreformen hätten ihren Ausgangspunkt im Missverhältnis von ausgebildeten Akademikern und Nachfrage nach ihnen auf dem Arbeitsmarkt. Staatliche Kritik am Ausbildungssektor *reagiert nicht passiv* auf jeweils aktuelle Bedingungen am Arbeitsmarkt. Einen solchen Arbeitsmarkt, der dem Staat als selbständige Größe gegenübersteht, gibt es ohnehin nur für die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Absolventen sowie die Betriebswirte. Wenn dieser Arbeitsmarkt überversorgt ist, dann ist das kein Schaden; der Staat will für wechselnde und auch für Boom-Bedürfnisse der Geschäftswelt genug Bewerber bereitstellen. Für die übrigen Studienabschlüsse schafft der Staat selbst direkt oder indirekt den Arbeitsmarkt. Mediziner und Juristen, soweit sie nicht gleich beim Staat angestellt werden, sind Freiberufler, die sich ihre Nachfrage nur zum Teil suchen müssen. Das Medizingeschäft läuft im wesentlichen über die staatlich organisierten Krankenkassen und da entscheidet der Staat, ob er lieber mehr oder lieber weniger Kassenzulassungen erteilen will. Die Verantwortlichen sind sich nicht schlüssig, was eher zur Verbilligung der Unkosten beiträgt, die die Kranken dem deutschen Standort verursachen. Senkt die Konkurrenz überzähliger Ärzte den Preis ihrer Leistungen oder führen mehr Mediziner nur zu größerem Leistungsangebot, das die Kassen bezahlen müssen? Für Geistes- und Gesellschaftswissenschaftler ist der Staat - nahezu - der einzige Arbeitgeber. Er entscheidet nicht nur vermittels der Kapazitäten der Bildungseinrichtungen über das Angebot, sondern bestimmt über seinen Etat für Bildung und Erziehung, Kultur und soziale Betreuung auch die Nachfrage nach Absolventen der hohen Schulen. Er steht weithin keinem selbständigen Arbeitsmarkt gegenüber, dem er die Bildung anpassen würde, sondern stellt diesen selbst her; selbst in Bereichen, in denen Unternehmer eine aktuelle Arbeitsmarktlage schaffen, entscheidet der Bildungsminister darüber, wie weit sie zum Argument für die Bildungspolitik wird.

Jedem Bildungspolitiker, komme er aus der Regierung, der Hochschulverwaltung oder der Studentenvertretung, ist die Anwendung der Betriebswirtschaftslehre auf die Bildungsinstitutionen geläufig: Man vergleicht Aufwand und Leistung, „Input“ und „Output“ der Bildungsstätten, um zu entscheiden, wie viel Aufwand an Bildung sich für das Land lohnt, bzw. wie viel Geld die Universität kosten darf. Der Vergleich wird durchgeführt unbeschadet dessen, dass zwar der Aufwand in Geld zu messen ist, der Ertrag aber nicht, sich beide Seiten also gar nicht vergleichen lassen. Die „*Bildungsökonomie*“, mit der so locker argumentiert wird, ist keine wirkliche Rechnung, sondern verrät nur den Willen, den ganzen Sektor *als* Wirtschaftsfaktor zu begutachten. Der theoretisch unsinnige Vergleich von Aufwand und Ertrag des Bildungssektors findet praktisch als Haushaltspolitik statt. Mit den öffentlichen Finanzmitteln, die dem Sektor zugewiesen werden, und mit der gesetzlich verordneten Organisationsform von Universität und Studium ist entschieden, wie viel Geld für Ausbildung die Nation sich leisten will, wie viel Ausbildung und Ausgebildete sie also national lohnend findet. Der *Rückschluss* vom nationalen Wachstum auf Leistung und Effizienz der Hochschulen gelingt ohne weiteres, auch wenn sich Input und Output dieser Institution gar nicht vergleichen lassen. Die Suche nach Defiziten der Hochschulen in Sachen Kosteneffizienz wird unbedingt fündig - und zwar deshalb, weil das Ergebnis dieser Suche feststeht, ehe sie beginnt. Würde das Wachstum des Kapitals und der Staatsfinanzen zufriedenstellend ausfallen, dann würde der Rückschluss auf Fehler der Hochschule nicht angestellt; klappt dieses Wachstum aber nicht, dann muss es die Hochschule mitsamt ihren Gruppen ja wohl an Leistung fehlen lassen.

Dass man ihren Ergebnissen, Forschungsergebnissen wie Absolventen die Kosteneffizienz nicht ansieht, erspart der Hochschule den Rentabilitätstest nicht, sondern macht ihn kompliziert: Es muss eine *Evaluation* ihrer Leistungen her, damit man sie mit dem Aufwand vergleichen kann. Wie misst man die Leistung von Wissenschaft und Ausbildung? Wieder hilft ein Vergleich mit Institutionen der Nationen, mit denen man sich halt vergleicht. Deutsche Wissenschaftler holen weniger Nobelpreise als die Amerikaner, mit den Patenten soll es ähnlich stehen. Insgesamt publizieren hiesige Professoren weniger als die angelsächsischen - und wenn, dann werden sie seltener zitiert. Also forschen sie zu wenig und sind international nicht anerkannt. Vielleicht wird in Deutschland aber auch genug geforscht, und das Land laboriert nur daran, dass die vielen Forschungsergebnisse nicht schnell und zielstrebig genug in verkäufliche Produkte, also in nationale Konkurrenzmacht umgesetzt werden. Deutsche Professoren forschen zu selbstgenügsam und bemühen sich zu wenig um Kontakte zur Wirtschaft, deren Erfolg ihr Forschen doch zu gelten hat. Und auch ihr Kontakt zu den Studierenden lässt zu wünschen übrig: sie vernachlässigen die Lehre, weil sie sich nur von Erfolgen in der Forschung einen Ruf, Aufstieg und Geld erwarten können. Auch wenn die Auskünfte nicht so ganz zusammenpassen, tragen sie gemeinsam zu dem gewünschten Bild bei: „Professoren, die faule Elite Deutschlands“, „Mittelmaß“ allesamt - titeln Nachrichtenmagazine. Gaststudierende aus aller Welt beweisen dem, der sucht, ebenfalls, dass die deutsche Universität nicht mehr ist, was sie einmal war: Sie zieht es nämlich vor allem an angelsächsische Bildungsstätten - dabei wären gerade sie später nach Neigung und Sprachkompetenz die natürlichen Botschafter Deutschlands in ihren Heimatländern und aufgeschlossene Partner für deutsche Politiker und Geschäfte.

Die harte Kritik an der Professorenschaft heißt nicht, dass deutsche Bildungskritiker die Studierenden mit Kritik verschonen. Auch das für ihre Ausbildung ausgegebene Staatsgeld wird - offensichtlich - nicht effektiv eingesetzt: Das beweisen zunächst einmal die Zahlen der arbeitslosen oder unter Qualifikation beschäftigten Akademiker. Sie sind zwar examiniert oder diplomiert, aber überzählig, repräsentieren also unnötige Kosten. Erst recht beweisen das zweitens die vielen Studienabbrecher - sie sind ganz persönlich nationale Fehlinvestitionen. Das beweist drittens das Alter der „ältesten Studenten der Welt“ im Lande der jüngsten Rentner - sie studieren zu lange, also zu teuer, also nicht zielstrebig genug. Es fehlt ihnen an Eigenverantwortung, die sich heute in der Bereitschaft zum beschleunigten Abschluss beweist. Das ist auch kein Wunder - das

Studium wird der großen Masse zu leicht gemacht: Es kostet nichts, wird also aufgenommen auch ohne die scharfe Kalkulation, ob es im Lichte des zukünftigen Verdienstes eine gute Investition ist. Studienabbrecher und arbeitslose Akademiker beweisen dem Menschenkenner im Haushaltspolitiker schließlich, dass einfach die falschen Leute an die Universitäten gelassen werden. Sie sind überfordert, mit dem Studium ebenso wie mit der Position, auf die sie sich vorbereiten und für die sie offensichtlich nicht genommen werden. Der Rassismus der Begabung, der zum demokratischen Erziehungswesen gehört, schreibt stets dem Zögling als sein intellektuelles Potential zu, was er über die Institutionen der Selektion erreicht. Erfolg wie Scheitern sind Ausdruck seiner Begabung. Als einst der Staat mehr Höherqualifizierte brauchen konnte, war er sich sicher, dass es mehr Begabungen im Land geben musste, als das Bildungssystem auszuschöpfen verstand. Heute wissen dieselben Politiker, dass von dem Drittel eines Jahrgangs, das die Hochschulen bevölkert, unmöglich alle geeignet sein können. So viele höher Begabte gibt es gar nicht. Oder vielleicht doch, wenn demnächst hier auch wie in manchen Konkurrenznationen 40 % eines Jahrgangs studieren sollen.

Reformerisches Erzwingen von Effizienz

Die praktische Konsequenz aus der haushaltspolitischen Kritik an der Hochschule liegt auf der Hand: Sie wird verantwortlich dafür gemacht, *mehr Leistung* für den Aufwand zu liefern, den sie verursacht. Die Frage, wie der Universität mehr Leistung abverlangt werden könnte und worin diese überhaupt besteht, ist freilich gar nicht so leicht zu beantworten. Nicht ohne Grund hat man schließlich die „Freiheit von Forschung und Lehre“ grundgesetzlich verankert und diese Sphäre vom Geschäft und vom Regierungsdiktat freigesetzt. Der eigene Fortschritt der Wissenschaft sollte den Konkurrenzbedürfnissen der Geschäftswelt Instrumente und dem Aufsichts- und Gemeinwohlstandpunkt des Staates Problemdefinitionen und Legitimationen liefern. Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollte sich nach dem Stand der Wissenschaft richten. So alt die Klagen über den zu geringen Nützlichkeitsgrad der Wissenschaft schon sind, „gegen die Universität“ wollte und will keine Regierung ihre hohen Schulen reformieren und schon gar nicht will man „von außen“ Fächergrenzen festlegen und den nötigen Stoff vom „unnötigen Wissensballast“ scheiden. Die Bundesregierung novelliert das Hochschulrahmengesetz und das Hochschuldienstrecht, um mit Leistungsanreizen bei der Mittelvergabe und der Bezahlung der Professoren sowie den Vorschriften zur kontinuierlichen Evaluation einen beschleunigten Fortschritt des Wissens und mehr Forschungsergebnisse zu erzwingen. Solche Vorgaben haben dann auch ihre komischen Seiten: Bringt es die Lehre voran, wenn die Entwicklung neuer Studiengänge dem Fachbereich zusätzliche Budgetmittel einbringt; oder erfinden sich Fachbereiche nur neue Studiengänge, um zusätzliche Finanzmittel zu sichern? Fördert es die Wissenschaft, wenn man in Zukunft Forscher nach Anzahl und Umfang ihrer Veröffentlichungen bezahlt; oder nur ihre Geschwätzigkeit? Vermehrt eine marktwirtschaftlich Entlohnung der Wissenschaftler nach Leistung - gemessen an der Häufigkeit ihres Zitiert-Werdens - das Wissen oder nur die ohnehin wuchernde Zitierwut?

Neben den gesetzlichen Vorschriften zur „Leistungsorientierung“ korrigieren Landes- und Bundesregierungen die Relation von Aufwand und Ertrag des Hochschulsektors ganz elegant von der anderen Seite, den *Kosten* her: Während immer mehr Studienanfänger an die Bildungsstätten drängen, müssen die Universitäten heute etwa mit denselben Geldmitteln auskommen wie in den 70er Jahren, als etwa ein Drittel des heutigen Studentenbergs zu bewältigen war. Das BAföG wird vom Stipendium zum teilweisen Darlehen; die Förder-Bemessungsgrenze, in einer absoluten Höhe des elterlichen Haushaltseinkommens formuliert, wirft im Maß der Inflationsrate immer neue Schichten aus der Förderung. Ohne dass sich sonst etwas ändert, sinkt der nationale Aufwand pro Student, je mehr Studenten sich einschreiben. Die *Unterfinanzierung der Universität ist die Steigerung ihrer Leistung* - zumal auf diese Weise die „Beharrungskräfte“ dieser selbständigen Abteilung des Staatsdienstes ganz automatisch im Sinn der Sache mobilisiert

werden. Irgendwie wickeln Professoren und Studenten ihre jeweiligen Aufgaben auch bei der dreifachen „Überlast“ ihres Ladens ab.²⁵

Formelle Neuerungen, die das Hochschulrahmengesetz ebenso wie die diversen novellierten Hochschulgesetze der Länder vorsehen²⁶, machen die *Bewältigung dieser Mittelknappheit zur Aufgabe der Hochschulen, ihres Personals und ihrer Studenten*. Das ist sie schon, die ganze Reform für „die deutschen Hochschulen im 21. Jahrhundert“. Im folgenden noch ein paar Details.

Globalhaushalt und leistungsorientierte Hochschulfinanzierung

Die Unterfinanzierung der Hochschulen wird jetzt auf eine neue Basis gestellt, die „leistungsorientierte Hochschulfinanzierung“.²⁷ Die Hochschulen werden – ein Stück weit – aus der kameralistischen Staatsfinanzierung, bei der jeder Haushaltsposten vom geldgebenden Ministerium genehmigt wird, entlassen. Präsident und Kanzler dürfen jetzt die Freiheit genießen, ihre Hochschule ein bisschen wie einen Betrieb führen zu müssen, der in Konkurrenz zu den anderen Hochschulen steht. Sie dürfen die Leistungsfähigkeit der Institution angesichts der „global“ zugewiesenen, unzureichenden Finanzierung in eigener Initiative aufrecht erhalten und dadurch, dass sie nicht mehr überall jedes Fach anbieten, „Profil“ entwickeln. Sie können bzw. müssen ganze Fächer streichen, andere aufwerten und ausbauen, je nachdem, wovon sie sich für Studierendenandrang, Forschungsleistung und Reputation ihrer Hochschule in Konkurrenz zu anderen Hochschulen, vor allem aber in Konkurrenz um die Erfüllung der „leistungsbezogenen

²⁵ Die radikale marktwirtschaftliche Reform der Universitäten, die von mancher Seite immer wieder gefordert wird, mit voller Bezahlung der Unkosten dieser Produktionsstätten durch die Studierenden selbst, die als „human capital“ schließlich das knappe Gut Bildung nachfragen, in Kombination mit einer konsequenten Trennung der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Elite von den Massen, die in Kurzstudiengängen zu irgendeinem Abschluss gebracht werden, der irgendeinen Unterschied zum Abitur macht, verbietet sich schon deshalb, weil die Universität inzwischen eine inoffizielle Sozialfunktion erhalten hat, auf die die politischen Verwalter des nationalen Standorts auch nicht gleich verzichten wollen: Sie ist der Ort, an dem zwei Millionen junge Erwachsene untergebracht sind, die andernfalls arbeitslos wären. Die Armut des Studentendaseins gilt eben nicht als Skandal, sondern als eine Phase der Berufsvorbereitung, auch wenn sie das zu einem nicht geringen Teil gar nicht mehr ist. Die Notlage, dass Eltern ihre erwachsenen Kinder weiter ernähren, keine regulären Beiträge an die Krankenkasse, gar keine an die Renten- und Arbeitslosenkasse abgeführt werden, ist halt *sozial verträglich*, solange die jungen Leute noch nicht am Arbeitsmarkt gescheitert sind, sondern sich darauf vorbereiten.

²⁶ „Ziele der 98er Novelle des HRG waren die Leistungsorientierung der Hochschulfinanzierung, die Evaluation von Forschung und Lehre, die Akkreditierung von Studiengängen, die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie von Leistungspunktsystemen, ferner eine weitgehende Deregulierung des Bundesrechts in den Bereichen Organisation und Verwaltung zugunsten von mehr Autonomie, Profilbildung und Wettbewerb der Hochschulen.“ (Broschüre des BMBF „Die deutschen Hochschulen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert - An unseren Hochschulen bewegt sich etwas“; Juni 2002)

²⁷ In Hessen setzt sich der Globalhaushalt im Rahmen der leistungsorientierten Mittelverteilung wie folgt zusammen: „1. Grundbudget: Parameter sind die ‚Sollzahl Studierende in der Regelstudienzeit‘ und die ‚Clusterpreise‘; letztere sind nach einer Formel berechnete Kostennormwerte für die einzelnen Fächercluster wie zum Beispiel Sozialwissenschaften (an den FHs 4460 Euro/Sollstudierendem), Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (3826 Euro) oder Ingenieurwissenschaften (6250 Euro); 2. Erfolgsbudget: Parameter sind zum Beispiel Drittmittel (Prämie 50 Cent/eingeworbenem Euro), Berufungen von Frauen (Buchwissenschaften: 30000 Euro/Berufung; Natur- und Ingenieurwissenschaften: 60000 Euro), Absolventen (750 Euro), Absolventinnen (1500 Euro), Absolventen/-innen in der Regelstudienzeit plus 2 Semester (1000 Euro) oder ‚Bildungsausländer‘ in der Regelstudienzeit (1000 Euro); 3. Innovationsbudget: Die Hochschulen können Anträge stellen, die von Begutachtungsgremien beurteilt und dann gefördert oder nicht gefördert werden; 4. Sondertatbestände: besondere Belastungen einzelner Hochschulen, die aus dem Grund- und Erfolgsbudget nicht finanziert werden können; 5. Zuschüsse für Investitionen.“ (Frankfurter Fachhochschulzeitung; Oktober 2002, S.2). Ergänzt wird die leistungsorientierte Hochschulfinanzierung um einen „Hochschulpakt“, mit dem das Land Hessen die Grundausstattung der Unis und Fachhochschulen auf dem bisherigen Stand absichert, allerdings „die Tarif- und Besoldungserhöhungen in Zukunft nicht mehr vollständig übernimmt“, so dass im Zeitraum des Rahmenvertrags 2002 bis 2005 an den hessischen Hochschulen „die Personalbudgets der Hochschulen um rund 27 Millionen Euro schrumpfen und 500 bis 600 Personalstellen abgebaut werden müssen“ (Frankfurter Rundschau, 14.01.2001). Auch eine Methode des Staates, auf „Leistung“ zu „orientieren“ und von seinen Hochschulen die gleiche (oder mehr) Ausbildungsleistung billiger zu erhalten.

Mittelvergabe-Kriterien“ mehr versprechen. Und das neue Hochschuldienstrecht ersetzt die traditionellen C2-C4 Professorenstellen mit ihren Dienstaltersstufen durch eine „leistungsbezogene Besoldung“ mit einem gesenkten Grundgehalt und funktionell und zeitlich beschränkten „variablen Leistungsbezügen“.²⁸ Der staatliche Zweck, durch die eingeführte Gehaltsdifferenzierung unter dem Strich eine allgemeine Gehaltssenkung herbeizuführen, ist kein Geheimnis. Warum sollte es an den Hochschulen anders sein als in den Fabriken oder Büros, wenn eine neue Entlohnungsstruktur beschlossen wird.

Drittmittel-Einwerbung

Ein Bestandteil des Haushalts der Hochschule wird von der Einwerbung von Drittmitteln abhängig gemacht. Fachbereiche bzw. Professoren müssen ein gesellschaftliches Interesse ausfindig machen, das Geld für Forschung spendiert. Das können und sollen entweder potente Geldgeber sein - Unternehmen, deutsche Behörden und europäische Institutionen -, die unmittelbar und direkt in ihrem Auftrag und zu ihren Kosten forschen und entwickeln lassen. Das können und sollen aber auch halbstaatliche Einrichtungen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder gemeinnützige Stiftungen sein, die nationale Forschungsschwerpunkte oder auch die postgraduierte Elitenausbildung vorgeben, steuern und finanzieren. Aus Sicht des staatlichen Erfinders dieses Leistungsanreizes schlägt der zunehmende Zwang zur Einwerbung von Drittmitteln zwei Fliegen mit einer Klappe: Privatwirtschaft und Forschungsgesellschaften finanzieren einen Großteil der Forschung an den staatlichen Hochschulen, die damit umgekehrt entweder auf die Produktion von direkt verwertbaren Resultaten für ihre Geldgeber oder auf die Arbeit an Forschungsaufgaben und –schwerpunkten verpflichtet sind, die im nationalen Interesse liegen. Darüber kommt auch eine neue Definition von Praxisrelevanz zustande: *nützlich* ist Wissen dann, wenn der Wissenschaftler einen *Finanzier* zu finden vermag.

Vorbei sind die Zeiten, in denen Drittmittel-Forschung unter kritisch eingestellten Menschen als Beleg für die Korruption der Wissenschaft durchs Big Business, als Funktionalisierung der Forschung für die Geschäftsinteressen der Konzerne oder der Rüstungsindustrie galt. Richtig war solche Kritik nie, weil die Unterordnung der Wissenschaft unter die herrschenden Interessen von marktwirtschaftlichem Geschäft und demokratischer Staatsgewalt schon mit der „Freiheit der Wissenschaft“ institutionalisiert ist und nicht erst mit der fremdfinanzierten Auftragsforschung anfängt. Allerdings: Was könnte deutlicher unterstreichen, was Endzweck allen Forschens und Lehrens an den deutschen Hochschulen ist, wenn heutzutage die Einwerbung von möglichst viel Drittmitteln aus den Händen potenter Geldgeber selbstverständliche Grundlage, Erfolgsausweis und Ideal des modernen Forschers und seines staatlichen Dienstherrn ist.

Neue Studienabschlüsse Bachelor und Master

Die vielen Studenten, die ihr Studium nicht mit einer Prüfung beenden, sondern abbrechen, können Haushaltspolitiker für eine Verschwendung von Staatsgeldern halten. Sie können aber auch in das angelsächsische Ausland schauen und sehen, dass Studierende dort die Hochschule nach nur sechs Semestern mit einem Abschluss verlassen und auf dem Arbeitsmarkt unterkommen. Der internationale Vergleich hat deutsche Bildungspolitiker letztlich überzeugt, dass

²⁸ „Bis vor kurzem richtete sich die Gehaltsteigerung einer Professorin bzw. eines Professors im Wesentlichen nach ihrem bzw. seinem Alter. Die Möglichkeit, Leistung und persönlichen Einsatz in Forschung und Lehre finanziell gezielt zu honorieren, bestand bisher nur im Rahmen von Berufungs- und Bleibe Verhandlungen. Die Hochschuldienstrechtsreform schafft durch eine neue Professorenbesoldung, basierend auf einem Grundgehalt und variablen Leistungsbezügen, die notwendigen Handlungsspielräume. Nach dem Vorschlag der Expertenkommission soll etwa alle fünf bis sieben Jahre eine Bewertung der Leistung in Lehre und Forschung stattfinden.“ (Broschüre des BMBF „Die deutschen Hochschulen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert - An unseren Hochschulen bewegt sich etwas“; Juni 2002)

man Absolventen auch billiger, weil kürzer produzieren kann. So leicht wird die ewig angemahnte Verkürzung der Studienzeiten verwirklicht. Die deutsche Hochschule erklärt einfach einen Großteil ihrer bisherigen Ausbildung für überflüssig, passt sich der wirklichen Studiendauer vieler ihrer Azubis an und gibt dafür ein Zeugnis aus: den deutschen *Bachelor*.²⁹

Ein weiterer Blick ins Ausland beweist deutschen Bildungspolitikern, dass in der „globalisierten Wirtschaft“ das deutsche Diplom als Abschluss nicht mehr ausreicht: international anerkannt ist nur der *Master*. Also gilt für die Hochschulen, neue Studiengänge zu entwickeln und mit dem angelsächsischen Master abzuschließen. Dafür gibt es dann „leistungsorientierte Mittelzuweisung“ aus dem Erfolgsbudget. Die zeitlich befristete Akkreditierung sorgt dafür, dass sich keine Hochschule und kein Fachbereich auf einmal eingeführten Master-Studiengängen ausruhen können. Nach spätestens 5 Jahren muss evaluiert werden, ob sich das Angebot in der Konkurrenz mit anderen Hochschulen bewährt, von den Studierenden nachgefragt wird und die Absolventen auf dem Arbeitsmarkt unterkommen.

3.2. Die Hochschulen: Reform als Herausforderung und Chance

Die Hochschule selbst steht - bei aller Klage über die knappen Mittel - diesen Reformen und ihrer Zielsetzung nicht ablehnend gegenüber: Es ist ja ihr Erfolg und deshalb auch ihre Ambition, Zeugnisse zu produzieren, die ihren Inhabern den Zugang zu den gesellschaftlichen Positionen eröffnen. Das tun die Diplome und akademischen Grade strenggenommen nämlich nur innerhalb des Bildungsbereichs selbst: Wer Abitur hat, darf studieren, wer die Zwischenprüfung abgelegt hat, hat Zugang zum Hauptstudium. Der entscheidende letzte Zugang - derjenige zu Posten und Einkommensquellen - hängt nicht an der Selektionsleistung der Universität, sondern an der Nachfrage, die der Arbeitsmarkt ausübt. Sie selbst bezieht sich, die Falschen oder falsch ausgebildet zu haben, wenn ihre Zeugnisse sich als wertlos erweisen. Ihr Idealismus, der Gesellschaft die Hierarchie ihrer Positionen als eine Hierarchie der Bildung *vorzugeben*, macht sie sehr selbstkritisch, wenn die von ihr entdeckten Unterschiede der Befähigung von den Arbeitgebern in Staat und Wirtschaft nicht nachvollzogen werden. Im Interesse der Geltung ihrer Sortierung sortiert sie neu und anders. Sie kann ihren Zöglingen im Zeugnis nur dann etwas Wertvolles auf den Lebensweg mitgeben, wenn dieses Zeugnis ihnen auch die richtigen Türen öffnet. Sie leistet ihren Absolventen den geforderten Dienst nur, wenn der Arbeitsmarkt ihren Dienst an ihm honoriert. Dieser, nicht die Wissenschaft, bestimmt, was Bildung genannt werden darf. Also machen sich sämtliche Hochschulen – in Konkurrenz zueinander - praktisch an die Reformierung ihrer bestehenden und die Entwicklung neuer Studiengänge, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes in dem „globalisierten Wettbewerb“ zu entsprechen.

Aber auch ideologisch polieren sie ihr Image auf. Noch jede Hochschule verpasst sich ein modernes *Leitbild*, das ganz konform die staatlichen Vorgaben zur eigenen Maxime erhebt: Man müsse die Hochschule als „*Dienstleister für ihre Kunden*“ betrachten, die *Studierenden* einerseits und die „*Wirtschaft*“ andererseits. Unter Inanspruchnahme des kindischen volkswirtschaftlichen Bildes vom Kunden als König bekennen sich solche Leitbilder zu dem, was deutsche

²⁹ Ein früherer Minister konstatierte: „*Nicht alle Studienabbrecher seien Versager. Fast jeder zweite (45%) finde gleich nach dem Studienabbruch eine Stelle. Rüttgers bestätigte damit Äußerungen der Hochschulrektoren, die Ausgaben für Studienabbrecher als nicht vergeudet bezeichnet hatten.*“ (FAZ, 22.04.1995). Der Arbeitsmarkt bestätigt, das es Bedarf an Studienabbrechern gibt, zumal „*viele Hochschulabsolventen heute in Sacharbeiterpositionen eingesetzt werden, die nicht unbedingt sechs oder sieben Jahre Studium erfordern*“ (Studentenzeitung *academix*, 08/1997) Was fehlt ist ein Zeugnis, so dass, wer „*nach dem sechsten Semester in die Praxis wechselt, nicht länger als Studienabbrecher gelten muss*“. „*Praxisorientierte Studenten sollten die Hochschule 'in Anstand' mit einem Abschluss verlassen können, der eine gewisse Arbeitsmarktrelevanz aufweist*“ (FAZ, 27.12.97.) – forderten die bildungspolitischen Berichterstatter der Frankfurter Allgemeine Zeitung Ende der 90er Jahre. Heutzutage gibt es diesen Abschluss, sogar international vergleichbar und anerkannt, eben den Bachelor.

Hochschulen als alleinigen Maßstab ihres Forschens und Lehrens - die berufliche Praxis – und als alleiniges Bedürfnis der Studierenden – ihre marktgerechte Ausbildung - anerkennen. Solche Leitbilder sind ein Kampfprogramm gegen das, was noch jeder Wissenschaft immanent ist, nämlich theoretische Distanz einzunehmen, nachzudenken, zu reflektieren, mithin sich erst einmal kritisch zur vorgefundenen gesellschaftlichen Praxis zu stellen. Auch wenn heutzutage kaum jemand mehr die Vorstellung vertritt, die Hochschule hätte mit ihrer Forschung und Lehre einen Beitrag zur „Demokratisierung“ von Staat und Wirtschaft zu leisten und mit ihrer Theoriebildung die gesellschaftlichen „Praxis zu verändern“, scheint die Hochschule „auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ ein Bedürfnis nach Klarstellung zu verspüren: Modern und akzeptabel ist nur noch die Selbstverpflichtung von Forschung und Lehre auf die Dienstleistung an den in der gesellschaftlichen Praxis herrschenden Interessen.

3.3. Die Studierenden: praktizieren ihr „Recht auf Bildung“

Den Studierenden, die in unterfinanzierten und oftmals überfüllten Universitäten ihre Berufsvorbereitung abwickeln, ist das Urteil des Arbeitsmarktes über sie nicht entgangen: Sie bzw. viele von ihnen werden nicht gebraucht und kommen nicht unter. Die Abhängigkeit und Ohnmacht gegenüber der Nachfrage von Kapital und Staat nach ihren Diensten bringt sie freilich sowenig in Rage wie die weniger gebildeten Arbeitnehmer des Landes. Dass erst die Anwender ihrem Wissen Wert zuweisen und es zur Erwerbsquelle machen, wenn sie es brauchen, oder es mit- samt seinem Träger wertlos und überflüssig erklären, ist ihnen selbstverständlich. Andererseits haben sie kein anderes Mittel, als erfolgreich ihr Studium zu absolvieren – möglichst mit einem besseren Abschluss als ihre Mitstudierenden und am besten mit einem Abschluss von einer Hochschule und einem Fachbereich, die im „Ranking“ oben stehen und bei den potentiellen Arbeitgebern einen guten Ruf besitzen. Also ist Studierwille, Fleiß und Kreativität im Umgang mit den Studienbedingungen angesagt.

Die Unzufriedenheit der Studierenden mit ihrem Studium hält sich aktuell in Grenzen. Und wenn sie periodisch immer mal wieder gegen die unzumutbaren Studienbedingungen oder die immer wieder drohenden Studiengebühren protestieren, dann ist ihre Unzufriedenheit durch und durch konstruktiv: sie würden gerne schnell studieren, wenn sie nur könnten - und nicht nebenbei arbeiten müssten, um ihr Studium zu finanzieren; sie würden gerne viel lesen, wenn die Bibliotheken nicht so leer und veraltet wären; sie wären super qualifiziert, wenn ihr Studiengang besser und moderner ausgestattet wäre usw. usf. Sie beklagen all die hinderlichen Studienbedingungen, auf die sie stoßen, *als Widerspruch gegen Auftrag und Leistungsfähigkeit der Hochschule*, und klagen die Beseitigung der „Missstände“ beim Veranstalter ein. Den Gedanken, dass die ungünstigen Lernbedingungen einen Grund und auch eine gewisse *Funktionalität* haben, wollen sie auf keinen Fall gelten lassen. Dabei leistet die Mangelsituation an ihren Bildungsstätten einen zwar ungeplanten, dennoch nicht unwirksamen Beitrag zur Selektion der ohnehin viel zu vielen Studierwilligen. Um ein Studium zu absolvieren, braucht es heute eben noch ein paar „praxisnahe“ Fertigkeiten abgesehen vom Einpauken des Stoffs und dem Geschick, ihn in Prüfungssituationen souverän wieder auszuspuken. Die Konkurrenz unter den Studierenden beginnt nicht erst in der Prüfung oder im Kampf um den guten Eindruck im Hauptseminar, sondern schon beim Kampf um den Sitzplatz in der stets überfüllten Vorlesung, um den Praktikums- und Laborplatz, für den man sich früher einschreiben muss als der Nebenmann, um die Bücher, die immer ausgeliehen sind etc.. Zielstrebigkeit und Durchhaltewillen, die den zur Aufsicht über andere Befähigten auszeichnen, wollen heute auf eine etwas verschärfte Art bewiesen sein. Geld von den Eltern ist unter den schwierigen Bedingungen nicht der unwichtigste Beitrag zur Studierfähigkeit. So geht eben Selektion in Zeiten allgemeiner Überflüssigkeit, die sogar die Höherqualifizierten trifft.

Aus aktuellem Anlass: ein Nachtrag zur Einführung von Studiengebühren

Die meisten Landesregierungen planen die Einführung von Studiengebühren, einige haben sie schon eingeführt. Kaum ein Studierender, der sich nicht daran stört. Immer wieder begründen sie ihre Kritik nicht nur mit den offensichtlichen Belastungen, den zusätzlichen finanziellen Kosten und dem Zwang zu schnellerem Studieren, sondern mit dem Verweis auf Rechte, die ihnen als Studierenden doch zustehen: Regelstudienzeiten und Studiengebühren installieren einen „sozialen Numerus Clausus“ und verstoßen gegen das „Recht auf Bildung“ und das Prinzip der „Chancengleichheit“.

Offensichtlich definiert der demokratische Staat die Chancengleichheit im Bildungswesen und das Recht auf Bildung etwas anders als die betroffenen Studierenden, wenn sie sich über eine „verfehlte“ Bildungspolitik beklagen, mehr Geld fordern oder über die zusätzlichen Gebühren beschweren, die sie zahlen sollen. Vielleicht sind die Rechte *der* Studierenden gar keine Rechte *für* die Studierenden, wie der Protest gegen Regelstudienzeiten und Studiengebühren unterstellt. Aus diesem Grund ein paar sachdienliche Klarstellungen.

Bislang konnten junge Menschen an den hiesigen Hochschulen *gebührenfrei* studieren. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die große Masse der Schulabgänger erst gar nicht in den Genuss dieser staatlichen Dienstleistung kommt, sondern nur eine Minderheit, eben das obere Drittel, das die schulische Konkurrenz mit der Hochschulberechtigung abgeschlossen hat. Wer in dreizehn Schuljahren seine weitere Bildungswürdigkeit unter Beweis gestellt hat, soll dann nicht aus Geldknappheit daran scheitern, ein Studium aufzunehmen. Er gehört zur Bildungs-Elite, die Herkunft aus einem armen Arbeitnehmerhaushalt oder aus einem reichen Elternhaus soll eben kein Selektionskriterium mehr sein, wenn es um das Studium geht. Der demokratische Staat steht auf dem Standpunkt, dass die „Leistungsbesten“ und nicht die „Herkunftsprivilegierten“ an die Hochschulen gehören und später die höheren Posten in der Hierarchie der Berufe besetzen sollen.

Aus dem gleichen Grund hat er das *BAföG* für Studierende aus einkommensschwachem Elternhaus eingeführt. Mit diesem staatlichen Zuschuss zu den privaten Studienkosten will der Staat zwei Anliegen, die sich ausschließen, miteinander verträglich machen: Er teilt und schützt das Interesse seiner Wirtschaft an schwachen Einkommen. Bekanntlich sind Löhne und Gehälter für Unternehmer Kosten, die immer auf die Gewinne drücken, also gar nicht niedrig genug sein können. Und er hat ein bildungspolitisches Interesse daran, dass über die Studienzulassung in erster Linie der Erfolg in der Lernkonkurrenz entscheidet. Die beiden Interessen geraten bei Studienberechtigten aus einkommensschwachen Familien in einen Gegensatz. Was der Staat mit dem *BAföG* verträglich machen will, ist das staatlich geschützte Interesse der Unternehmer an "schwachen Einkommen" und sein eigenes Interesse an der Hochschulausbildung bewährter, bildungswürdiger Menschen auch aus der "Unterschicht". "Begabte" oder "Hochbegabte" - wie diejenigen dann heißen, die es trotz widriger sozialer Umstände bis zum Abitur geschafft haben - sollen die Konkurrenz an den Hochschulen und später um die Jobs der Elite bereichern. Konsequenter lässt der Staat die Einkommensverhältnisse so, wie er sie vorfindet, und gibt Studierenden aus ärmerem Elternhaus einen Kostenzuschuss. Der reicht zwar nicht, um das Studium zu finanzieren, stellt aber den guten staatlichen Willen zur Herstellung von „Chancengleichheit“ unter Beweis und ist ein Ansporn für die Studierenden, es auf der Grundlage der unzureichenden Förderung dann weiterhin aus eigener Kraft zu schaffen. Das *BAföG* und andere Ausbildungsbeihilfen sind also gar nicht *wegen der Studierenden* erfunden, um ihnen das Studium zu erleichtern. Der Staat tut *sich* einen Gefallen, wenn er seinen elitewürdigen Nachwuchs fördert.

Wie wenig der Staat mit dem BAföG einem "sozialen Wert" verpflichtet ist, wie sehr er dabei nur an sich denkt, kann man heutzutage mühelos feststellen: Bildungspolitikern fällt das Förderungsinstrument BAföG vor allem dann ein, wenn sie feststellen, dass die Nachfrage nach Hochschulabsolventen größer ist als das Angebot, und ihnen dieser Zustand missfällt. Dann entdecken sie das BAföG als bequemen Hebel zur *Steuerung der Studentenkapazitäten*, neben solch anderen Steuerungs- und Selektionsinstrumenten wie Einschreibe-, Semester- und Studiengebühren sowie Regelstudienzeitverkürzungen. Wollen sie die Studierendenzahlen senken, kürzen sie das BAföG und erhöhen die Gebühren, umgekehrt umgekehrt. Der Staat setzt die Kostenfrage des Studiums gezielt als Selektionsinstrument ein. Und wenn er obendrein bei sich Haushaltsdefizite entdeckt, dann ist es für ihn ausgemachte Sache, dass das Studium "verteuert" werden muss und die Studierenden mit Studiengebühren einen Beitrag zur Finanzierung ihres Studiums zu leisten haben.³⁰

Auch an Studiengebühren und Regelstudienzeiten könnte man also merken, dass es ein Fehler ist, das staatlich garantierte Recht auf Bildung mit einem staatlichen Interesse am persönlichen Studienerfolg zu verwechseln.

³⁰ Der Streit unter Bildungspolitikern Pro und Contra BAföG bzw. Studiengebühren ist kein Prinzipienstreit und erst recht keine Parteinahme für oder gegen die Interessen der Studierenden. Die ganze bildungspolitische Auseinandersetzung löst sich in eine Methodenfrage auf: Wann soll die Selektion greifen, die über den Zugang zu den Jobs der Elite entscheidet? Vor dem Antritt des Studiums oder während des Studiums: Die eine Fraktion steht auf dem Standpunkt, erst im Studium könne und solle sich beweisen, wer tauglich ist für die gehobenen Berufe; weswegen sie gegen den „sozialen NC“ und für den Erhalt des BAföG plädiert. Der anderen Fraktion erscheint es unsinnig, erst mehr Studierende an die Hochschulen zu befördern, die dann nach absolvierten Studium keinen Job finden. Sie wollen dem Studentenberg bereits vor Studienbeginn zu Leibe rücken und mit einer Verteuerung des Studiums die Kinder der Minderbemittelten schrecken. Der "Berg" wird dann nicht zum Studentenberg, sondern zum Realschüler- oder Berufsschülerberg und radikalisiert den Lehrstellenmangel.